Nr. 14 — Jahrgang 13 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Mittwoch, den 18. Januar 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 1. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Man macht Wahlen

Ist auch der Wahlausgang heut höchst zweifelhaft, und ein abschließendes Urteil wäre heute schon sehr verfehlt, so läßt sich indessen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß dieser Wahlkampf nicht mehr politisch geführt, sondern in Erinnerung an längst vergangene Tage mehr gemacht wird. Es ist verständlich, daß besonders die Regierung bemüht ist, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um sich eine Mehrheit im kommenden Parlament zu schaffen; denn gelingt ihr dies nicht, so bleibt ihr nur der Weg zur Diktatur oder die Kapitulation Pilsudskis vor der Demokratie übrig, also die Würdigung des Parlamentarismus und damit der Volksstimmung, die jetzt mit einer Verachtung beiseite geschoben wird. Eines ist der Regierung bereits gelungen, die politischen Parteien einer solchen Umschichtung zu unterziehen, wie wir sie noch im September vorigen Jahres nicht für möglich gehalten hätten. Der Einfluß der Nationaldemokratie, die unter der Firma 8 mit Korfanty bis Dmowski den abgelaufenen Sejm beherrschte, ist gebrochen, und aus den einflußreichsten Parteien sind Splitter geworden, die selbst bei günstigstem Ausgang für sie im kommenden Parlament nicht mehr die Bedeutung erlangen werden, die sie früher besaßen. Und das Gleiche muß von der stärksten Partei, den Witos-Piasten, gesagt werden, die mit der Christlichen Demokratie geschlagen aus dem Wahlkampf hervorgehen werden. Mit dem Minderheitenblock steht es nicht anders, und selbst der Beitritt der ukrainischen „Undo" kann nichts daran ändern, daß die Erwartungen weit zurückbleiben werden, die man in diesen Block noch heute setzt. Besonders der deutsche Klub wird aus diesem Wahlkampf geschwächt herausgehen; denn er besitzt gerade in deutschen Kreisen außerhalb Oberschlesiens keine Popularität und man war ja auch bemüht, in Oberschlesien Kandidaturen von Abgeordneten aus Posen und Pommerellen zu schaffen, die indessen mißlungen sind. Ohne vorher eine besonders günstige Stimmung für die Linksparteien schaffen zu wollen, muß gesagt werden, daß ihre Aussichten noch am sichersten zu werten sind.

Man müßte nach dieser Zusammenstellung nun annehmen, daß der Regierungsblock, gleichgültig unter welcher Firma er zusammengesetzt wird und wie er in Erscheinung tritt, den ausschlaggebenden Einfluß ausüben müßte. Aber die Dinge sehen nur äußerlich so aus, wenn man berücksichtigt, unter welchen Voraussetzungen er entstanden ist. Ein gewisser Druck hat regierungsseits bei der Listenbildung nicht gefehlt, und schießlich mußten die Behörden und damit ein großer Teil der Beamtenschaft, gewollt oder ungewollt, dazu herhalten, um Hilfe zu schaffen, auch dann, wenn es ihnen gegen den Strich ging. Denn die Regierung fordert, ihrer militaristischen Einstellung entsprechend, Gehorsam, und man verstand es ja, mißliebige Abgeordnete bald nach Stellen zu versetzen, die ihnen eine weitere Kandidatur unmöglich machten oder aber verhinderte die intensive Bearbeitung ihrer Wahlkreise, was mit einer Niederlage gleichzusetzen ist. Wir verzichten darauf hinzuweisen, wie man mit einzelnen früheren Abgeordneten verfahren ist, das ist ein Kapitel für sich, welches nur beweist, daß der Regierung jedes Mittel gerecht erscheint, um sich die Mehrheit zu sichern.

Betrachtet man die ausländischen Blätter, die sich heute mit den polnischen Sejmwahlen beschäftigen, so findet man Hinweise auf frühere, österreichische Wahlen, und einige Berechtigung ist diesen Angriffen gegen die heutigen Machthaber nicht zu bestreiten. Ob aber mit diesen Methoden auch ein Regierungssieg erfochten wird, daran zweifeln wir sehr. Es ist doch schließlich kein Geheimnis, daß der Druck auch Gegendruck erzeugt und da der Wahlgang ein geheimer ist, erscheint es mehr als wahrscheinlich, daß die Regierung eine große Enttäuschung erleben wird. Aber das soll ja nicht unsere Sorge sein. Zweifellos wird aber der Regierungsblock im kommenden Sejm eine Zersplitterung erfahren, wie sie keiner Partei im vergangenen Sejm erspart geblieben ist, und gerade die jetzt in der Wahlvorbereitung angewandte Methode wird sich an diesem Regierungsblock bitter rächen müssen. Fast kommt man zu der Annahme, daß gewisse Länder, in denen eben Wahlen gemacht werden, auch für Polen ein Vorbild sein sollen. Gewiß ist dies noch so kraß nirgends in Erscheinung getreten, aber Gottes Segen und der Wunsch und Wille der Behörden, beziehungsweise der Regierung, sind unberechenbar. Oberschlesien bietet ja hier ein nicht gerade segensreiches Beispiel.

Was aber gerade in Oberschlesien erstaunlich wirkt, das ist die Art der Listenaufstellung in den einzelnen Gemeinden. Von dort, wo deutsche Mehrheiten bei den Kommunalwahlen zu verzeichnen waren, kommen die meisten Proteste, daß so viele Hunderte von deutschen Wählern nicht in den Listen verzeichnet sind. Gewiß hat die Regierung, beziehungsweise die Behörden, eine schöne Abwehrgeste bei der Hand, daß jeder wählen darf, der dazu das Recht hat, wenn er gegen seine Nichtzulassung, beziehungsweise Listeneintragung Protest erheben kann. Aber gerade auf diese Proteste kommt es an. Diejenigen Wähler, die nun schon zu allen Wahlen, die wir bisher getätigt haben, zugelassen wurden, oft Jahrzehnte am Platze wohnen, gebürtige Oberschlesier sind, haben in den Listen keine Aufnahme gefunden. Bemerkenswert ist es, daß es zum Beispiel oft Arbeiter sind, die jenseits der Grenze arbeiten, die in die Liste keine Aufnahme gefunden haben. Gewiß läßt sich diese Vernachlässigung korrigieren, aber bei den bisher erfolgten Protesten mußte man feststellen, daß die Eintragung, beziehungsweise Nichteintragung mit solchen Schwierigkeiten verbunden ist, die gerade die minderbemittelte Bevölkerung nicht erfüllen kann. Uns sind Beispiele bekannt, wo in einer Familie fünf Wähler sind, keiner ist in der Liste eingetragen, und wenn sie eingetragen werden wollen, so sollen sie den Nachweis erbringen, daß sie die polnische Staatsbürgerschaft besitzen und für solche Ausweise verlangt man nun wieder pro Stück 3.50 Zloty, was so manchen Wähler davon abhält, sich diesen Ausweis zu besorgen, und bei Arbeitslosen ist dies einfach unmöglich. Die Angaben, die die Behörden oft machen, daß der Betreffende die polnische Staatsbürgerschaft nicht besitzt, sind oft derart, daß die Ursache kaum noch verschleiert werden kann. Und wenn hier nachträglich keine Korrektur der Wählerlisten eintritt, so werden manche Vorwürfe nicht behoben werden können, die darauf hinweisen, daß man Wahlen nicht durchführen, sondern machen lassen will.

Wir können Beispiele aus vergangener Zeit, wo Gutsbesitzer ihre Wähler kommandierten, und oft taten es auch die Landräte und Fabrikbesitzer. Man übersieht doch höheren Orts nicht, wo der Weg 1918 geendet ist. Oesterreich war ja für Wahlfälschungen ein Musterbeispiel, und wir hoffen, daß man diesen Vorwurf nie auf Polen wird angleichen wollen. Niemand wird der Regierung daraus einen Vorwurf machen, daß sie sich eine Mehrheit sichern will. Aber dazu gibt es gewiß andere Mittel, als die Nichteintragung tausender von Wahlberechtigten. Denn die Korrektur ist mit solchen Schwierigkeiten verbunden, die die ärmere Bevölkerung nicht erfüllen kann, teils, weil sie nicht finanziell dazu in der Lage ist, und teils, weil kein Arbeiter so viel Zeit hat, um tagelang wegen der Korrektur der Wählerliste von der Beschäftigung fern zu bleiben, und die kinderreiche Ehefrau und Mutter hat mehr zu tun, als sich um die Wählerliste zu bekümmern. Die Bezirkswahlkommissare haben loyale Nachprüfung verschiedenen Protesten gegenüber zugesichert, hoffen wir, daß sie auch berücksichtigt werden, wenn nicht das ganze Vertrauen zu unseren Behörden verloren gehen soll. Wir glauben diese Tatsachen feststellen zu müssen, weil gerade uns aus den Arbeiterkreisen Proteste erreichen, wie sie hier oben dargelegt sind. Wir wollen keine umschleierte Demokratie und wenn schon die Dinge so laufen, so ist ein recht energischer Protest am Platze. —II.

Coolidges Friedensbotschaft

Verteidigung nationaler Interessen — Sicherung der Unabhängigkeit und Freiheit — Hilfsbereitschaft für die Nachbarn — Das beste Land der Welt

Neuyork. Der Panamerikanische Kongreß wurde Montag in Havanna in Anwesenheit der Vertreter sämtlicher Süd-, Mittel- und Nordamerikanischen Staaten feierlichst eröffnet. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Calwin Coolidge, verlas die Eröffnungsbotschaft. Einleitend wies er darauf hin, daß sich Amerika zum Prinzip der Selbstregierung und zu einer Politik des Friedens bekenne. Die Bevölkerungen der amerikanischen Staaten seien besser imstande sich selbst zu regieren, als andere regieren zu lassen. „Wir sind," so erklärte Coolidge, „für angemessenes Gerüstetsein im Interesse der nationalen Verteidigung; denn wir glauben, daß diejenigen Nationen sich ins Verderben stürzen, die militärische Dinge vernachlässigen oder ihnen gleichgültig gegenüberstehen." Aber es sei ein großer Unterschied, ob man rüste, um wohlerworbene Rechte zu verteidigen oder, ob man sich nur auf rohe Kraft stütze, anstatt an die Vernunft zu appellieren. Dynastische Kriege, wie sie die alte Welt erlebt haben, seien in Amerika unmöglich. Die Kriege Amerikas während der letzten 150 Jahre seien fast ausschließlich zur Sicherstellung der Unabhängigkeit und Freiheit der Menschheit geführt worden. Jede Demokratie sei friedliebend, weshalb es auch gelungen sei, den Frieden unter den amerikanischen Republiken solange Zeit zu bewahren. Der Geist des guten Willens, des Vertrauens und der Hilfsbereitschaft habe in Amerika die Oberhand behalten. Praktische Wege zur Beilegung aller Meinungsverschiedenheiten könnten gefunden werden, wenn man diese Einstellung auch in Zukunft beibehalte.

Die panamerikanische Konferenz, so fuhr Calvin Coolidge fort, ist zusammengetreten, um darüber zu beraten, wie das Wohlergehen der freien amerikanischen Republiken erhöht und der internationale Friede gefestigt werden kann. Kein anderer Erdteil ist für diese Aufgabe so sehr geeignet wie Amerika. Alle hier vertretenen Nationen sind gleichberechtigt. Der kleinste und schwächste Staat spricht hier mit derselben Autorität wie der größte und mächtigste Staat. Die Vorsehung Gottes, so schloß Coolidge, macht aus den amerikanischen Staaten eine freundschaftlich-nachbarliche Gemeinde von Republiken.

Der englisch-amerikanische Oelkrieg

London. Die seit geraumer Zeit bestehende Spannung zwischen den beiden großen internationalen Petroleumgruppen, der Standard-Oel-Comp. auf amerikanischer und der Royal Dutch Shell-Gruppe auf englischer Seite, hat sich zum offenen Oelkrieg entwickelt.

Die Standard-Oel-Compagnie veröffentlicht heute eine sehr ausführliche Erklärung, die eine Rechtfertigung ihrer gesamten Politik darstellt und gleichzeitig die Angriffe der Royal Dutch Shell-Gruppe zurückweist. In der Erklärung heißt es u. a., daß die Standard-Oel-Compagnie in ihrem russischen Geschäft sich nur von rein geschäftlichen Gesichtspunkten leiten lasse. Die Gesellschaft habe die Zustimmung des Staatsdepartements eingeholt, bevor die im Jahre 1920 abgeschlossenen Kontrakte für den Ankauf bedeutender Mengen russischen Petroleums unterzeichnet worden seien. Die Standard-Oel-Comp. ist der Auffassung, daß der An- und Verkauf russischen Petroleums eine rein geschäftliche Aktion ist, die nicht nur im Einklang mit der allgemeinen amerikanischen Politik gegenüber Sowjetrußland steht, sondern auch mit der Politik der britischen Regierung, deren Beziehungen zu Sowjetrußland gegenwärtig die gleichen seien, wie die der Vereinigten Staaten. Die Royal Dutch Shell-Gruppe wird weiter beschuldigt, durch ihre Preispolitik einen Oelkrieg hervorgerufen zu haben. Zum Schluß heißt es, die Standard-Oel-Compagnie werde fortfahren, die Märkte mit ihren Erzeugnissen zu versorgen. Die Gesellschaft werde sich in keiner Weise von ihrer klaren Linie abbringen lassen.

Tagung des Sicherheitsausschusses des Völkerbundes

Genf. Im Völkerbundssekretariat ist das von der Regierung bereits vor einiger Zeit angekündigte Memorandum für die bevorstehende Tagung des Sicherheitsausschusses eingetroffen. Das Memorandum wird jedoch vorläufig vom Generalsekretariat nicht veröffentlicht. Es soll, wie verlautet, keine konkreten Vorschläge enthalten, sondern vielmehr allgemeine Anregungen bringen, die als Unterlage für die Verhandlungen im Sicherheitsausschuß gedacht sind. Neben der norwegischen und schwedischen Regierung ist die Londoner das dritte Mitglied des Sicherheitsausschusses, das der allgemeinen Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und Anregungen nachgekommen ist. Die Memoranden dieser drei Regierungen werden bereits auf der am 26. Januar in Prag beginnenden Vorkonferenz für den Sicherheitsausschuß zur Erörterung gelangen. An der Vorkonferenz nehmen außer dem Präsidenten des Sicherheitsausschusses Benesch die Leiter der politischen und Abrüstungsabteilung des Völkerbundssekretariats, sowie die drei vom Sicherheitsausschuß ernannten Berichterstatter teil.

Chamberlain nach Warschau?

Warschau. Wie zuverlässig verlautet, wird der englische Außenminister Chamberlain im Laufe des Mai nach Warschau reisen, um dort aus eigener Anschauung die Probleme des Ostens kennen zu lernen und mit dem Marschall Pilsudski sowie mit den polnischen Regierungsstellen persönlich Fühlung zu nehmen.

General Hertzog gegen die Forderungen der südafrikanischen Arbeiterpartei

London. Wie aus Johannisburg gemeldet wird, hat sich der südafrikanische Ministerpräsident General Hertzog gestern gegen die hauptsächlichsten Forderungen der südafrikanischen Arbeiterpartei ausgesprochen. So lehnte er die Einführung des Achtstundentages für die Eisenbahnarbeietr ab, desgleichen die Errichtung einer Staatsbank und die Ergänzung der Lohngesetze. In den Kreisen der Arbeiterpartei macht sich lebhafte Enttäuschung über die ablehnende Haltung des Ministerpräsidenten geltend.

Das Deutschtum in Südamerika

Dr. Boelitz über die Eindrücke seiner Südamerika-Studienreise.

Berlin. Der Bundesvorstand des Bühnenvolksbundes veranstaltete anläßlich der Rückkehr seines ersten Bundesvorsitzenden, des früheren Kultusministers Dr. Boelitz von seiner Studienreise durch Südamerika im Festsaal, des Herrenhauses einen Bierabend, an dem u. a. auch Kultusminister Dr. Boecker und Justizminister Dr. Schmidt-Lichtenberg teilnahmen.

Nach Begrüßungsworten von Oberregierungsrat Dr. Tiburtius und künstlerischen Darbietungen ergriff Dr. Boelitz das Wort. Er gab eine knappe Uebersicht über seine in Südamerika gewonnenen Eindrücke und ging dabei insbesondere auf die Schilderung seiner brasilianischen Studienreise ein, da ihm die dortigen Verhältnisse am charakteristischsten für die Bedeutung des Deutschtums in Südamerika zu sein schienen. Der Redner betonte ausdrücklich, daß sich die drüben wohnenden Deutschen nicht etwa als Reichsdeutsche betrachten, die die loyalen Staatsbürger ihrer deutschen Heimat seien, daß sie aber mit Nachdruck die kulturelle Verbundenheit mit der alten deutschen Heimat bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck brächten. Dr. Boelitz schilderte nach einem Hinweis auf den großen Einfluß deutschen Geisteslebens auf die Entwicklung des jungen brasilianischen Staates die wichtigsten kulturellen Waffen der drüben wohnenden Deutschen im Kampfe um die Erhaltung ihres Deutschtums. In erster Linie nannte er hierbei die Kirche und die deutsche Schule. Ein weiterer wichtiger Ort des Deutschtums sei die deutsche Presse drüben, die dafür sorge, daß die z. T. weit zerstreuten deutschen Gemeinden tätigen Anteil an der weiteren Entwicklung der großen deutschen Probleme nehmen. Dr. Boelitz unterstrich hierbei auch deutlich die Notwendigkeit eines unabhängigen deutschen Nachrichtendienstes, der dafür sorge, daß die tendenziösen und z. T. deutschfeindlichen Nachrichten, die besonders von der französischen Agentur Havas stammen, durch einen wirklichen deutschen Aufklärungsdienst unschädlich gemacht werden. Nur dann könne Deutschland die Erhaltung seines Volkstums und seiner Interessen sichern, wenn dafür gesorgt werde, daß wirklich objektive Nachrichten über Deutschland auf schnellstem Wege in die Presse drüben gelangten. Die enge Volksgemeinsamkeit zwischen den Deutschen im Reiche und den überseeischen Volksgruppen des Deutschtums könne nur dann gesichert werden, wenn jeder Deutsche, der drüben gewesen sei, nicht scheute, die Brücke zwischen Deutschland und Amerika zu festigen.

Deutsch-litauische Verhandlungen Ende Januar

Berlin. Die deutsch-litauischen Verhandlungen, deren Wiederaufnahme bekanntlich für Mitte des Monats Januar vorgesehen war, werden, wie verlautet, nunmehr aller Wahrscheinlichkeit nach Ende dieses Monats hier beginnen.

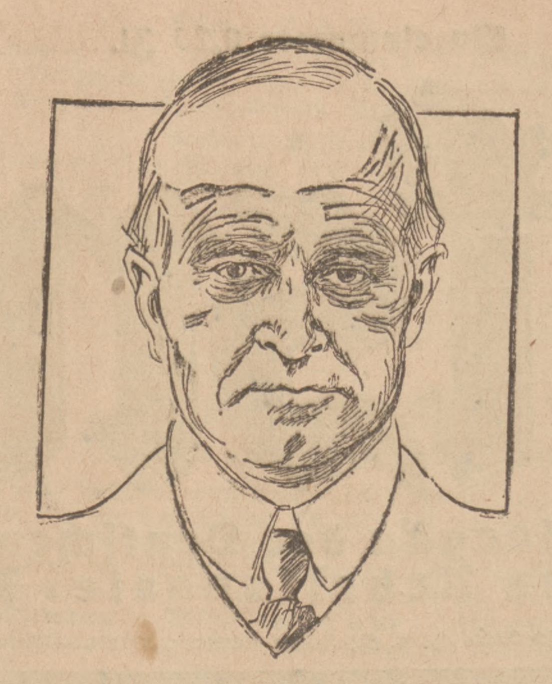
Man rechnet nach wie vor damit, daß Woldemaras persönlich nach Berlin kommen wird, um die Verhandlungen zu eröffnen. Zur Zeit finden in Kowno zwischen der deutschen Gesandtschaft und der litauischen Regierung Verhandlungen über Memelländische Fragen, insbesondere auch über die Verlängerung des Aufenthaltes der deutschen Optanten statt, die ebenfalls in Berlin weitergeführt werden sollen. Falls sie bis Ende des Monats noch nicht zum Abschluß gebracht sein sollten.

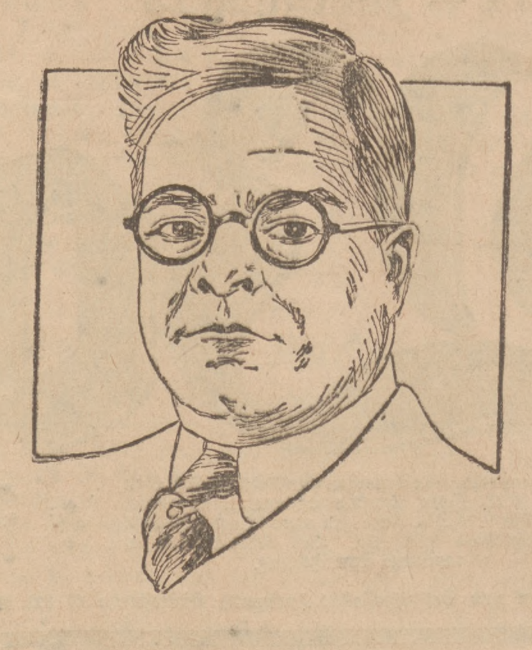
Die Radikalsozialisten und das Kabinett Poincaree

Paris. Auf einer radikalsozialistischen Versammlung in Marseille hielt der Deputierte Montigny eine Rede, in der er seiner Zuversicht auf einen Erfolg der radikalsozialistischen Partei bei den nächsten Wahlen Ausdruck gab. Montigny bekämpfte lebhaft die nationale Einigung, die nur eine Verschleierung des Rechtskartells und einen geschickten Versuch zur Spaltung der Radikalen darstelle. Zum Schluß erklärte der Redner, es gäbe kein Wunder der Finanzierung, und mit den Poincaree gewährten Mitteln hätte ein Linksministerium ebensogut die finanzielle Lage sanieren können.

Uebernahme einer römischen Kirche durch Kardinal Hlond

Warschau. „Expreß Poranny“ läßt sich aus Rom melden, daß dort Montag die feierliche Uebernahme der Kirche „Santa Maria della Pace“ durch den Kardinal und Primas von Polen, Hlond, stattfand.





Panamerikanischer Kongreß in Habana auf Cuba

Der nordamerikanische Präsident Coolidge. — Der kubanische Präsident Machado.

Regierungskrise in Südslawien?

Belgrad. Minister Bela Popovic überreichte heute dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch. Wie in politischen Kreisen verlautet, bedeutet das die Eröffnung der Regierungskrise. Man rechnet zuversichtlich damit, daß die demokratischen Minister noch im Laufe des morgigen Tages ihren Austritt aus der Regierung ankündigen werden. Allgemein wird die Demission der Regierung Wukitschewitsch-Marinkowitsch für morgen erwartet.

Wie zu erwarten war, hat die Haltung des demokratischen Parteichefs Davidovitsch die Stellung der Regierung stark erschüttert. Wukitschewitsch ist es offenbar nicht gelungen, durch die Uebergabe seines bisherigen Portopeus als Innenminister an eine andere radikale Persönlichkeit, die Widerstände aus dem demokratischen Landeskongreß zu beseitigen. Fast einmütig setzte sich der demokratische Landeskongreß für die von Davidowitsch verfochtenen Richtlinien ein. Damals war das Schicksal der gegenwärtigen politischen Kombination in Südslawien schon so gut wie besiegelt.

Zusammenkunft Mussolini-Briand

Paris. In Pariser Kreisen werden die Begrüßungsartikel der italienischen Presse anläßlich der Ankunft des neuen französischen Botschafters Beaumarchais mit Genugtuung vermerkt, jedoch wird dem Erstaunen Ausdruck gegeben, daß sich im allgemeinen die italienische Presse jeglicher Kommentare über die französisch-italienischen Beziehungen enthält. Eine Mailänder Meldung der „Information“ läßt immerhin erkennen, daß man in den politischen Kreisen Italiens den bevorstehenden Verhandlungen immer größere Bedeutung beimißt und die Annäherungsbestrebungen auch weiter an Boden gewonnen haben. Man behauptet, daß in den vorbereitenden Besprechungen die in Paris stattfanden, bereits viele Punkte aufgeklärt werden konnten, so daß man mit Recht hoffen könne, die Besprechungen könnten vor der nächsten Völkerbundsratstagung zu Ende geführt werden. Dann könnte man an eine Zusammenkunft zwischen Briand und Mussolini denken, welche voraussichtlich Scialoja in Genf vorbereiten dürfte.

Parker Gilbert als Gast Briands

Paris. Montag Mittag fand auf Einladung Briands ein Frühstück zu Ehren des seit einigen Tagen in Paris weilenden Reparationsagenten Parker Gilbert statt. Neben Ministerpräsident Poincaree und Justizminister Barthou, den Vorsitzenden und Generalberichterstattern der Finanzkommission von Senat und Kammer, sowie dem amerikanischen Geschäftsträger Withehouse nahmen die Vertreter der Reparationskommission und der Dawesausschüsse teil.

Trotzki gibt den Kampf nicht auf

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, veröffentlicht die „Prawda“ zwei von der G. P. U. beschlagnahmte Briefe der Trotzkischen Opposition, die nach dem Ausland gesandt werden sollten. In den Briefen wird darauf hingewiesen, daß der Verrat Sinowjews und Kamenews kein schwerer Schlag gegen die Opposition sei und betont, daß die Opposition bestehen bleibe, sie gebe den Kampf nicht auf. Weiter wird die ausländische Opposition aufgefordert, ihre Kräfte zur Bekämpfung der heutigen Parteiführung zu sammeln und dafür zu sorgen, daß auch oppositionelle Delegierte an den bevorstehenden Kongressen der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Kommunistischen Internationale teilnehmen. Die „Prawda“ erklärt, daß die Geduld der Partei erschöpft sei und daß die Parteileitung alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Opposition ergreifen werde.

Metallarbeiterstreik in Halle

Halle. Der größte Teil der Metallarbeiter in Halle ist in den Streik getreten, der außerordentlich großen Umfang annimmt. In mehreren größeren Werken Halles, sowie bei Lindner in Ammendorf ruht der Betrieb vollständig. In den übrigen Werken arbeitet nur ein geringer Prozentsatz. Als Grund wird angegeben, daß die im Schiedsspruch vorgesehene Erhöhung von 3 Pfennigen nicht genüge. Man nimmt jedoch an, daß der Streik nur einige Tage dauern wird, da die Lohnfrage bereits in Berlin behandelt wird. Die Erklärungsfrist über An- oder Abnahme des Schiedsspruches läuft erst am Mittwoch ab.

Die Opposition in Rumänien

Bukarest. Die Regentschaft hat die Initiative zur Einleitung der Verhandlungen zwischen der Regierung und der nat. Bauernpartei ergriffen. Diese Verhandlungen werden z. Zt. hinter den Kulissen vorbereitet. Wie es heißt, soll die Regierung damit einverstanden sein. Mitte März zurückzutreten, um einer neutralen Regierung Platz zu machen, die dann Neuwahlen durchführen könnte. Die Regierung verlange dagegen, daß sich die nationale Bauernpartei bis dahin ruhig verhalte.

Zur Hungersnot in China

Kowno. Aus Schanghai wird gemeldet, daß im Zusammenhang mit der zunehmenden Hungersnot in den Provinzen Tschili und Schantung die Pekinger Regierung bei den Vertretern der ausländischen Mächte angeregt habe, eine besondere Abgabe von den Einfuhrwaren in Höhe von ½ Prozent zugunsten der Hungernden einzuführen. Die Abgabe soll nur provisorisch für kurze Zeit eingeführt werden. Die Hungersnot in den beiden Provinzen nimmt ständig größeren Umfang an. In den Hungergebieten ist der Belagerungszustand verhängt.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

17)

„Ich weiß, was Sie von mir wünschen“, wandte er sich an seinen Nachbarn. „Aber Sie haben wohl die Güte, Ihre Mission in jenen Formalitäten zu vollziehen, die, soviel ich weiß, auch in Frankreich üblich sind.“

Der andere schüttelte den Kopf und lächelte: merkwürdig, ein beruhigendes, fast begütigendes Lächeln.

Die Fahrt ging über die Place de l'Etoile; die Straße verbreiterte sich — dort hinten stand das helle Grün eines Wäldchens. „Porte Dauphine“, meldete der Chauffeur. Der Wagen hielt; der Fremde zahlte; die beiden stiegen aus.

„Ich muß Ihnen erklären,“ sagte Ove, während er sich selbst über die Schärfe seines Tones wunderte, „daß ich nicht daran denke, einen Schritt mit Ihnen weiterzugehen, wenn Sie mir nicht auf der Stelle sagen, um was es sich handelt.“

„Wenn Sie es durchaus wünschen“, sagte der andere ruhig. „Nun gut, dann will ich es Ihnen sagen. Also: ich sehe, Sie werden verfolgt.“

„Ja“, sagte Ove kurz. „Von Ihnen.“

„Nein. So meine ich es nicht. Ich beobachtete Sie seit mehreren Tagen. Sie sind verstört — Sie blicken scheu und verstohlen um sich. Gestern, an der Place Pigalle, bemerkten Sie, daß ein Mann, der das Aussehen eines Detektivs hatte, sich nach Ihnen umsah; Sie sind erschrocken stehengeblieben und haben es wahrhaftig riskiert, zweimal an ihm vorüberzugehen, um die Probe aufs Exempel zu machen. Sie bevorzugen menschenleere Straßen; Sie sind mir gestern ausgewichen — Sie sind heute vor mir geflohen. Habe ich recht, mein Herr?“

„Mag sein“, sgte Ove. Da die Schlußfolgerungen seines Begleiters auf reinen Hypothesen beruhten, wuchs ihm der Mut. „Gibt es für alle diese Dinge nur die eine Deutung: daß man verfolgt wird? Vielleicht bin ich in der Rekonvaleszenz und muß mich und meine Nerven schonen. Vielleicht ist es einfache Menschenscheu.“

Der andere deutete in das Wäldchen hinein. „Wollen wir ein wenig ins Bois gehen? Es plaudert sich bei einer Tasse Kaffee besser.“

„Meinetwegen.“

Die beiden gingen der Porte de Passy zu. Das Bois war ziemlich leer: es war noch früh.

„Hm,“ sagte der andere plötzlich, „kennen Sie die Gräfin Bunin?“

„Die Gräfin Bunin?“ wiederholte Ove kopfschüttelnd. „Wer ist die Gräfin Bunin?“

Der andere lachte. „Es ist die Dame, die Sie gestern im Moulin Rouge nach der Adresse des Fräulein Helene Wassiliew gefragt haben. Wenn ich alle diese Dinge resümiere, oder vielmehr: wenn ich sie als Etappen auf dem Wege zu einer bestimmten Schlußfolgerung einordne, so ergibt sich als Wahrscheinlichkeitsresultat: daß Sie, Herr Ove Jens Boye, Assessor am Landgericht Kopenhagen, sind — jener Herr Boye, der seine Stellung dazu benutzt hat, Fräulein Helene Wassiliew zur Flucht zu verhelfen.“

Ove ging neben dem Fremden her, verwundert über seine eigene Gelassenheit. Da er sich mit dem Schlimmsten abgefunden hatte, konnte ihn das Schlimme nicht mehr aus dem Gleichgewicht bringen.

„Also gut“, sagte er endlich. „Wozu die Umschweife? Ich bin der Assessor Boye aus Kopenhagen. Und nun, denke ich, ist die Reihe an Ihnen. Wer sind Sie? Was wollen Sie? Die Antwort auf diese Fragen liegt zwar ziemlich nahe — immerhin, wir Nordländer sind formell, selbst in diesen Dingen.“ Und indem er stehenblieb, setzte er mit ruhiger Stimme hinzu: „Sie wollen mich verhaften.“

Wieder schüttelte der andere den Kopf. „Nein. Im Gegenteil. Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen. Kommen Sie: Hier ist ein kleines Cafee.“

Die beiden nahmen Platz. Ein Fräulein in weißem Häubchen bediente.

Der Fremde zog das Zigarettenetui. „Rauchen Sie?“

„Nein, danke.“

Und während jener sich eine Zigarette nahm, sagte er mit sachlicher Stimme:

„Ich brauche einen Mann, der die Brücken hinter sich abgebrochen hat. Verstehen Sie, was ich meine? Für den es kein Zurück mehr gibt, keine Reminiszenzen — nur ein Vorwärts. Der keine Sentiments kennt, keine Rücksichten zu nehmen hat, der keine Heimat hat, an die er denkt — keine Frau, an der seine feinsten Pläne scheitern, deren Indiskretionen seinem Werk gefährlich werden können. Mit einem Wort: einen Mann, der allein steht, und der alle Ursache hat, allein zu bleiben.“

Ove hatte die Empfindung, als ob in diesem Augenblick die Zeiger einer unsichtbaren Uhr, vielleicht weil eine Feder gesprungen war, in einem irren Rhythmus zu kreisen begannen — und als ob jede Drehung, die sie beschrieben, in Wahrheit eine unendliche Spanne Zeit, projiziert auf ein Minimum, bedeute.

Gleichwohl fragte er mit kühler Stimme:

„Und was soll ich tun?“

Der andere zog das Zündholzetui. „Etwas, was Sie voraussichtlich interessieren wird. Ja — was vielleicht Ihrem Leben einen neuen Inhalt geben kann. Im fernen Osten — in der Mongolei — macht augenblicklich die Weltgeschichte einen Sprung über ein Jahrtausend. Asien rückt vor die Tore von Europa: man baut die Eisenbahn durch die Mongolei. Wie Sie vielleicht wissen werden, besteht ein kleiner Anschlußteil dieser Mongoleibahn bereits auf der Strecke Tientsin—Peking bis Kalgan. Von dort führt seit Jahrtausenden ein endloser Karawanenweg durch die Wüste Gobi über Urga bis Kiachta in der russischen Provinz Transbaikalien. Diese Strecke nun wird Eisenbahn. Ein Finanzkonsortium, dem die reichsten Männer der Welt angehören, baut sie. Die fertige Bahn wird von Tientsin bis Werchne-Udinsk laufen; in Werchne-Udinsk vereinigt sie sich mit der mandschurischen Eisenbahn. Mit andern Worten: ein direkter Schienenweg von Paris über Berlin, Moskau bis zum Gelben Meer. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was diese Bahn für die Politik, für den Handel, für die Kultur, für den Zusammenschluß der Völker bedeutet — aber ebensowenig kann ich Ihnen leider verheimlichen, daß gewisse Mächte — oder wenn ich mich vorsichtiger ausdrücken soll, gewisse Gruppen — alles Interesse haben, das Werk zu sabotieren — die Eisenbahn nicht zustande kommen zu lassen. Da für diese Gruppen alles auf dem Spiel steht, so sind sie entschlossen, alles zu opfern, um ihr Ziel — eben das Nichtzustandekommen der Mongoleibahn — zu erreichen.“

„Aber in welcher Weise ließe sich ein solches Werk sabotieren?“

„Nun — nehmen Sie einmal an, es bricht plötzlich eine Seuche unter den Arbeitern aus. Eine Pest. Man glaubt an höhere Gewalt. Und nur der Eingeweihte weiß daß die Krankheit künstlich eingeschleppt — ja, daß sie künstlich eingeimpft ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Zusammentritt des begutachtenden Ausschusses für Arbeitsfragen

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, wird in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des begutachtenden Ausschusses für Arbeitsfragen, Dienstag nach Kattowitz kommen. Sein Eintreffen wird am Dienstag Abend erwartet. Albert Thomas wird voraussichtlich auf Schloß Neudeck, beim Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder, Wohnung nehmen.

Der begutachtende Ausschuß für Arbeitsfragen wird auf Mittwoch, vormittags 11 Uhr, in Kattowitz, dem Sitz der Gemischten Kommission, zusammentreten. Es ist dies die erste Sitzung des begutachtenden Ausschusses, die seit Inkrafttreten des Genfer Abkommens stattfindet. Mit Rücksicht darauf ist das Programm der Tagung unbekannt, zumal voraussichtlich erst eine Reihe formaler Dinge zu erledigen sein werden. Der begutachtende Ausschuß für Arbeitsfragen ist eine Institution des Genfer Abkommens und auf Grund des Artikels 586 der Gemischten Kommission von Oberschlesien für begutachtende Fälle beigegeben. Der Ausschuß setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden Albert Thomas, dem deutschen Vertreter Ministerialdirektor Sitzler-Berlin und dem polnischen Staatsvertreter a. D. Sokal-Warschau, sowie je vier deutschen und polnischen, aus den Kreisen der oberschlesischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft von der deutschen bezw. polnischen Regierung ernannten Beisitzer. Die Einberufung des Ausschusses ist erfolgt auf Ersuchen der deutschen Gewerkschaften in Ost-Oberschlesien, die von dem Ausschuß die Erledigung einer Reihe von Arbeiterstreitfragen verlangt haben, da bekanntlich in Ost-Oberschlesien viele Arbeiter wegen des politischen Bekenntnisses zur deutschen Minderheit entlassen worden sind. Der Ausschuß sollte nach den bekannten Bestimmungen des Genfer Abkommens eigentlich mindestens jährlich einmal zusammentreten, was jedoch bisher nicht der Fall war.

Einspruch gegen die Streichung aus den Wahllisten

In verschiedenen Ortschaften haben zahlreiche Wahlberechtigte von der Wahlkommission die Benachrichtigung erhalten, daß gegen ihre Eintragung in die Wählerlisten Einspruch erhoben worden ist mit der Begründung, daß sie nicht polnische Staatsbürger seien. Gegen den Einspruch muß sofort, spätestens innerhalb 3 Tagen nach Empfang der Benachrichtigung bei der Bezirkswahlkommission, die sie verschickt hat, Widerspruch erhoben werden unter Berufung auf Artikel 37 der Wahlordnung und unter Beifügung von Ausweisen über die polnische Staatsangehörigkeit. Solche Beweise sind der Paß, die Verkehrskarte, Militärpapiere oder der Ausweis der Staatsangehörigkeit. Letzteren müssen die Starosteien nach Art. 160 Abs. 1 des Stempelsteuergesetzes kostenlos ausstellen. Wenn die Entscheidung der Bezirkswahlkommission ablehnend ist, so muß innerhalb 3 Tagen Beschwerde bei der Kreiswahlkommission laut Art. 38 der Wahlordnung erhoben werden. Wer keinen Widerspruch bezw. keine Beschwerde erhebt, wird aus der Wählerliste gestrichen und verliert sein Wahlrecht.

Die Behandlung der Betriebsräte auf den „Gieschegruben“

Auf dem Richthofenschacht ist der sogenannte „Andreasflöz“ in Betrieb gesetzt worden. In einer Tiefe von 335 Meter. Auf diesem Flöz wollte man es anfangs mit der dort arbeitenden Arbeiterschaft nicht gleich verderben und man ließ ihnen die Freiheit das zu verdienen, was sie nur konnten. Es vergingen zwei bis drei Monate, wo die Arbeiter einigermaßen verdient haben. Das war aber den Ingenieuren und Direktoren zu viel und die haben ohne vorher etwas zu sagen den Verdienst dieser Bergleute bei der Lohnzahlung um zirka 40 Prozent gekürzt. Es entstand unter der Belegschaft ein Summen und Brummen wie in einem gestörten Bienenstock. Die Betriebsräte wurden herangeholt um zu intervenieren, was diese auch sofort unternommen haben. Sie kamen aber bei dem Jng. Chrostek schlecht an, denn dieser erklärte ihnen, daß die Bergleute um 100 Prozent mehr verdient haben als ihnen zustand und das nur die Betriebsräte und namentlich der M. die Leute aufhetzt und er dafür sorgen wird, daß dieser in eine andere Steigerabteilung versetzt werde. Darauf erwiderte dem Jng. einer vom Betriebsrat, daß er nicht vergessen solle, daß er mit einem Betriebsratsmitglied zu tun habe Da sagte der Jng. Chrostek: „Sie sind Betriebsratsmitglied und ich bin Ingenieur.“ Dabei sagte noch Steiger Matuschek: „Wenn Euch das nicht paßt, dann könnt Ihr wo anders gehen.“ Darauf entgegnete wiederum einer von den Betriebsräten: „Diese Handlungsweise kennen wir schon, daß wenn der Arbeiter sein Recht fordert, man ihn hinauswirft und ihm noch einen Fußtritt von hinten versetzt, worauf ihm der Jng. Chrostek zur Tür hinauswies und sogar die Feuerwehr herangerufen hatte. So verfährt man mit den Betriebsräten. Als man sich über ungenügende Bewetterung beschwerte, dann sagt man: „Wer eine bessere Luft haben will, der kann in den Wald gehen.“ Das sind Ausdrücke der Kohlenjäger der amerikanischen „Harimann Spolka.“ Wenn man sieht, daß die Bergleute alle ihre Kräfte dazu gebraucht haben um etwas mehr zu verdienen, dann reduziert man ihnen den Verdienst kurz vor der Löhnung. Und wenn die Betriebsräte protestieren wollen, dann droht man ihnen mit Entlassung oder Verlegung.

Außerordentliche Konferenz der „Arbeiterwohlfahrt“

Am Dienstag, den 17. Januar, nachmittags 2½ Uhr findet im Saale des Zentralhotels eine außerordentliche Frauenkonferenz der „Arbeiterwohlfahrt“ statt. Als Referentin ist Genossin A. Gruna-Wien über Agitations- und Organisationsfragen gewonnen. Eintritt nur gegen Einladung. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder des Bezirksvorstandes der „Arbeiterwohlfahrt“ dringend erforderlich.

Die Propagandafreiheit vor den Sejmwahlen

Soll der wahre Wille des Bürgers am Wahltage zum Ausdruck kommen, so muß jedem Wähler eine Propagandafreiheit eingeräumt werden. Jeder Wähler muß die Möglichkeit haben, seine Meinung frei aussprechen zu können, insbesondere über die präsentierten Kandidaten. Dazu ist vor allem eine hinreichende Versammlungsfreiheit erforderlich. Das Gesetz das diese Versammlungsfreiheit ordnet, stammt vom 5. August 1922 und enthält nur 7 Artikel, die kurz und bündig sind und die den Wählern genügend Garantie bieten. Gleich zu Beginn heißt es dort, daß die Versammlungen in der Wahlzeit keine Genehmigungen der Verwaltungsbehörden bedürfen. Im ganzen unterscheidet das Gesetz nur zwei Arten von Versammlungen. Versammlungen in geschlossenen Räumlichkeiten und Versammlungen im Freien. Während die ersteren ganz frei sind, sollen die Versammlungen im Freien, 24 Stunden vor der Abhaltung angezeigt werden, wozu man aber keiner Genehmigung bedarf. Falls die Anzeige unterbleibt kann auf Grund des Gesetzes keine Strafe erfolgen, weil das Gesetz keine Strafe dafür vorsieht.

Genau so klar und deutlich ist die Verordnung vom 8. Januar 1919 und 1922, hinsichtlich des Schutzes der Wahlen selbst. Mit Gefängnis wird bestraft, wer den Wähler an der Wahlausübung durch Gewalt, Drohung oder Mißbrauch des Amtes hindert oder zu hindern versucht. Auf Grund dieses Gesetzes kann ein Arbeitgeber, der seinem Arbeiter die Einsichtnahme in die Wählerlisten unmöglich macht, indem er ihn in der Zeit der Listenauslegung nicht freiläßt, bestraft werden. Falls ein Staatsbeamter seinen Untergebenen die Einsichtnahme in die Wählerlisten unmöglich machte, kann er neben der üblichen Strafe von seinem Amte enthoben werden. Auch die Aufwiegelung gegen die Wahlhandlung kann mit Gefängnis bestraft werden.

Die Käuflichkeit von Stimmen und auch der Versuch, werden mit Gefängnis bestraft. Wer z. B. spendiert, Geschenke verteilt, persönliche Vorteile verspricht, durch Hinterlist versucht Stimmen zu gewinnen, oder diese Stimmen für gewisse Personen erzielen will, wird bestraft und zwar mit einer Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre. Es wird nicht nur der Käufer dieser Stimmen, sondern auch der, der sich bestechen läßt bestraft. Eine schwere Strafe und zwar bis zu 3 Jahren Gefängnis trifft denjenigen, der eine Wahlkommission bei ihrer Arbeit hindert oder zu hindern versucht. Die Mitglieder einer Wahlkommission stehen unter einem besonderen Gesetzesschutze, genauso wie die Staatsbeamten während des Dienstes. Nicht nur die Beleidigung der Wahlkommission wird streng bestraft, aber auch die Beschädigung des Wahllokales, die Beschmutzung und die Luftverpestung im Wahllokale. Ebenfalls mit Gefängnisstrafe wird jeder belegt, der wählen geht, ohne daß er das Wahlrecht besitzt. Die Wahlkommissionsmitglieder werden mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft, wenn sie sich Verfehlungen bei Stimmenannahme oder bei Stimmenzählen zuschulden kommen lassen. Eine schwere Bestrafung bis zu 6 Jahren Gefängnis, erhalten diejenigen Personen, die die Wählerlisten oder die Wahlprotokolle fälschen, gleichgültig ob sie den Wahlkommissionen angehören oder nicht.

Blutiger Kampf mit Wilderern

Ein Waldheger schwer verwundet — Ein Wilderer erschossen

Das bei Pawlowitz gelegene und dem Baron von Reitzenstein gehörige Waldrevier war am vergangenen Sonnabend der Schauplatz eines blutigen Kampfes zwischen Wilderern und einem Waldheger. Bei einem Kontrollgange in seinem Revier traf der Waldheger Josef Mazur den als Wilderer bekannten Gwisda aus Strumien auf frischer Tat an. Der Waldheger forderte ihn auf, die Waffe niederzulegen, was auch befolgt wurde. In dem Augenblick, da Mazur die Waffe nach der Ladung prüfte, wurde auf ihn auf eine Entfernung von 3 Metern ein Schuß abgegeben, der ihn in die Brust traf. Mazur stürzte zusammen und in diesem Augenblick ergriff Gwisda seine Waffe wieder und legte aus allernächster Nähe auf Mazur an. Dieser, seinen Tod vor Augen sehend, griff auch schnell nach seiner Dienstwaffe und legte blitzschnell auf Gwisda an und schoß, ehe dieser dazu kam. Gwisda, mitten in die Stirn getroffen, brach sofort tot zusammen. Aber auch der Waldheger stürzte infolge der Verwundung und der letzten ungeheuren Anstrengung, sein Leben zu retten, bewußtlos hin. Erst nach einiger Zeit kam er wieder zur Besinnung und schleppte sich nach seiner Wohnung, von wo aus die Polizei verständigt wurde, die binnen kurzer Zeit am Tatort erschien. Noch an demselben Tage konnte sie die Komplicen des erschossenen Gwisda, und zwar die gleichfalls als Wilderer bekannten Gaszcz und Krzempski aus Strumien ermitteln, die ein vollständiges Geständnis ablegten. Beide wurden dem Sohrauer Gerichtsgefängnis zugeführt.

Anträge zwecks Berufsausbildung von Kriegsinvaliden pp.

Gemäß einer Mitteilung des Wojewodschaftsamtes in Kattowitz können in der staatlichen Handwerks-Lehranstalt für Kriegsinvaliden, welche sich in Piotrkow (Petrikau) befindet, Kriegs- bezw. Aufstandsinvaliden zwecks Ausbildung und Umschulung in einem bestimmten Handwerksberuf, Aufnahme finden. Es werden daher seitens des Magistrats in Kattowitz alle diejenigen Invaliden, welche im Bereich von Groß-Katowice wohnhaft sind und eine solche Berufsausbildung anstreben, ersucht, diesbezügliche Anträge zwecks Aufnahme in diese Lehranstalt beim „Miejski Urzond Opieki Spolecznej, Opieka nad inwal. woj. i z powstan“, (städtische Fürsorgestelle für Kriegs- und Aufstandsinvaliden beim Magistrat Kattowitz), ulica Mlynska 4 (Mühlstraße), 2. Eingang, Zimmer 28, und zwar bis spätestens Freitag, den 27. Januar, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, vorzulegen oder einzureichen.

Den Anträgen muß beigefügt werden:

1. Die Abschrift der Benachrichtigung der Powiatowa Komenda Uzupelnien (Bezirkskommando), oder der Bescheid der Invaliditäts-Berufungskommission bei der D. O. K. über die eingetretene Erwerbsbeschränkung (wieviel Prozent?); Abschrift des Rentenbescheides des Slonski Urzond Wojewodzki (Wydzial Skarbowy), Odzial Rent i Emerytur w Katowicach, bezw. der Izba Skarbowa in Krakau über die Höhe der Rentenbezüge;
2. Das polizeiliche Führungszeugnis.

Ueberdies ist noch zu bemerken, daß die Bittsteller in ihren Anträgen anzugeben haben, welchem Beruf sie vor der Invalidität infolge Kriegsverletzung nachgingen, welche Beschäftigung sie zur Zeit innehaben und aus welchem Grunde der bisherige Beruf geändert und eine andere Berufsausbildung angestrebt wird. Alle Angaben müssen genau und wahrheitsgetreu gemacht werden.

Kattowitz und Umgebung

Bezirkskonferenz in Neudorf. Die Konferenz der P. P. S. und D. S. A. P. des Neudorfer Bezirks fand am vergangenen Sonntag, vormittags 10½ Uhr, im Goretzki'schen Gasthaus in Neudorf statt. Es waren Vertreter fast aller zu diesem Bezirk gehörenden Ortsvereine der P. P. S. und der Deutschen sozialistischen Arbeitspartei in Polen anwesend. Als Referenten erschienen von der P. P. S. der Sejmabgeordnete Genosse Juchelek und von unserer Partei der Genosse Gorny. Dieselben kamen zunächst auf die allgemeinen politischen Ereignisse in unserer Republik Polen zu sprechen und feierten das Zusammengehen der dtsch. und poln. Sozialisten in Oberschlesien bei den nächsten Wahlen als ein historisches Ereignis von weittragender Bedeutung. Die Arbeiterklasse Oberschlesiens hatte ein Werk vollbracht, welches zur Hoffnung berechtigt, daß sie sich auf ihre Lage besinnt und bei den nächsten Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften den Sieg erringt. Im besonderen wurden alsdann technische Wahlfragen besprochen. In allen Orten, wo Ortsvereine beider Parteien vorhanden sind, sollen gemeinsame Wahlkomitees gebildet werden, die die gesamte Wahlaktion und Agitation in die Hand zu nehmen haben. Die Direktiven seitens der Zentralwahlleitung in Kattowitz sind auf das Genaueste zu befolgen. Die rege Diskussion ergab, daß alle anwesenden Vertrauensleute, die Wichtigkeit der nächsten Wahlen nicht unterschätzen und sich zur aktiven Wahlarbeit zur Verfügung halten werden.

Aus Not gehandelt. Angeblich im Auftrage des Arbeitslosenkomitees sammelte der Arbeitslose Josef G. bei der Bürgerschaft von Michalkowitz freiwillige Unterstützungsgelder, wobei er sich gefälschter Ausweispapiere bediente. G. wurde ertappt, zur Anzeige gebracht und das vorgefundene Geld den Spendern wieder zurückerstattet. Die Angelegenheit hatte ein gerichtliches Nachspiel. Vor Gericht war G. geständig und führte bei seiner Verteidigung aus, in größter Not gehandelt zu haben, da er bereits drei Jahre erwerbslos sei Das Gericht berücksichtigte diesen Umstand und verurteilte den Angeklagten nur wegen Betrug lediglich zu einer Geldstrafe von 15 Zloty bezw. drei Tagen Gefängnis.

Bodenbrand. Infolge unvorsichtigem Umgehen mit offenem Licht brach auf dem Vorboden des Hauses ulica Wonska Nr. 5, im Ortsteil Domb, Feuer aus. Es geriet dortselbst Stroh in Brand. Noch vor Eintreffen der Wehr wurde das Feuer gelöscht. Ein wesentlicher Brandschaden ist nicht entstanden.

Gieschewald. (Generalversammlung der Bergarbeiter). Am Sonntag, den 15. Januar fand hier die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes statt, an der über 60 Mitglieder teilnahmen. Als Referent erschien Kamerad Ritzmann, welcher in seinen einstündigen Ausführungen es verstand, den Versammelten ihre Lage in allerand Beispielen klarzulegen, wo anbei noch die neuen Lohnverhandlungen behandelt wurden. Die Diskussion, welche vorgenommen wurde, brachte verschiedene neue Angelegenheiten vor, zu welchen im Schlußwort Stellung genommen wurde. Als zweiter Punkt, Kassenbericht und Stand der Organisation der hiesigen Zahlstelle für das Jahr 1927, war zu ersehen, daß die Zahl der Mitglieder und der Einnahmen für Beiträge von Monat zu Monat gestiegen ist. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken vom 1. Januar 1927 bis 31. Dezember 1927 betrug 4 204, wofür 2 494,20 Zloty einkassiert wurden. Im laufenden Jahre wurden an Unterstützungen in der Zahlstelle ausgezahlt: und zwar Arbeitslosenunterstützung in 11 Fällen 345,50 Zloty und Krankenunterstützung in 13 Fällen 86,70 Zloty. Punkt 4. Wahl des Vorstandes für den Bergarbeiterverband und Bund für Arbeiterbildung, erklärten sich einstimmig die Versammelten für den alten Vorstand, so daß zu einer Wahl nicht geschritten werden mußte. Nun erfolgte als nächster Punkt, die Stellungnahme zu den bevorstehenden Wahlen. Die Aussprache ergab, daß alle Mitglieder verpflichtet sind, für den Sozialistischen Block zu stimmen Unter Anträgen und Verschiedenes, wurde die Regelung der Belieferung der Freikohle an die in Deutsch-Oberschlesien arbeitenden und hier wohnenden Mitglieder zur weiteren Bearbeitung beantragt. Vom Bund für Arbeiterbildung wurde die Ortsbibliothekenfrage nebst den Vorträgen für das zweite Winterhalbjahr behandelt. Der Beschluß wurde gefaßt, den nächsten Vortrag in Gieschewald, am 22. Januar abzuhalten. Nachdem noch die unbedingte Durchführung der Lohnerhöhung und der Wiedereinführung der 8stündigen Arbeitszeit auf den Gruben für alle Uebertagearbeiter gefordert wurde, nahm die Versammlung nach dreistündiger Dauer ihr Ende, wo anbei noch einige Neuaufnahmen für den Verband erfolgten.

Königshütte und Umgebung

Der Wahlkreis Nr. 38.

Einer der größten Wahlkreise ist sicherlich der Wahlkreis 38 mit dem Schwientochlowitzer Kreis an der Spitze. Zu diesem Wahlkreis gehört der Kreis Schwientochlowitz, die Stadt Königshütte, der Kreis Tarnowitz und der Kreis Lublinitz. Bei den letzten Sejmwahlen im Jahre 1922 wurden in dem Schwientochlowitzer Wahlkreise 170 791 Wähler eingetragen, während in dem Kattowitzer Wahlkreise der ebenfalls zu den großen zählt, 166 258

Wähler verzeichnet waren. Gültige Stimmen wurden in dem Schwientochlowitzer Wahlkreise 106 608 abgegeben. Davon erhielten: die Christliche Demokratie (Korfantysten) 43 660, die deutsche Wahlgemeinschaft 38 942, N. P. R. und die P. P. S. 20 751 Stimmen. 3 300 Stimmen waren zersplittert. Auf diesen Wahlkreis entfielen 5 Sejmabgeordnete und zwar waren gewählt 3 Korfantysten und 2 Deutsche.

Für die diesjährigen Sejmwahlen beträgt die Wählerzahl 189 934 und für den Senat 127 328 Wähler. Auf den Schwientochlowitzer Kreis entfallen 103 655 Wähler, auf die Stadt Königshütte 39 768 Wähler, den Kreis Tarnowitz 28 577 Wähler und auf den Kreis Lublinitz 17 934 Wähler. In diesem Wahlkreise, der die Nr. 38 trägt, entscheidet der Schwientochlowitzer Kreis mit seinen Arbeiterortschaften und der Arbeiterbevölkerung. Beschämend ist nur, daß dieser Wahlkreis keinen einzigen Arbeitervertreter gewählt hat, sondern nur Vertreter der Klerikalen und der Kapitalisten. Hoffentlich wird bei diesen Sejmwahlen die Wahl besser ausfallen und neben den Vertretern des Kapitals werden auch Arbeitervertreter in den Sejm geschickt.

Bergarbeiterversammlung. Im Volkshause fand am letzten Sonntag eine verhältnismäßig gut besuchte Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Kamerad Smolka leitete diese und nahm vor allem zu den Lohnverhandlungen im Bergbau Stellung. Seine Ausführungen wurden sehr interessiert entgegengenommen. Dann referierte Gen. Redakteur Helmrich über die Wahlbewegung und den sozialistischen Wahlblock. In der Diskussion erklärten sich alle Redner mit den Ausführungen des Gen. Helmrich vollständig einverstanden und begrüßten es, daß endlich der Anfang zu einer Verständigung zwischen beiden sozialistischen Parteien gemacht wurde. Nachdem noch verschiedene Fragen gestreift worden sind, schloß mit einem „Glückauf" Kamerad Smolka die schön verlaufene Versammlung.

Maskenball der Arbeiterwohlfahrt. Im wunderschön geschmückten Saale des Volkshauses gab die Arbeiterwohlfahrt am vergangenen Sonnabend einen Maskenball, der einen netten Verlauf nahm. Der Besuch ließ nichts zu wünschen übrig und vor allem freute man sich über die wirklich schönen Kostüme. Es herrschte ein heiteres, fröhliches Leben im Saale, welches sich mit der Zeit zu einer ausgelassenen Lustigkeit entwickelte, aber doch auch seine Grenzen hatte. Am frühen Morgen erst trennte man sich mit dem Bewußtsein, eine Reihe von schön verlebten Stunden hinter sich zu haben. Für das Gelingen der Veranstaltung darf die Vorsitzende in erster Linie das Hauptverdienst in Anspruch nehmen.

Märchenabend des Bundes für Arbeiterbildung. Der gestrige Märchenabend des Bundes für Arbeiterbildung war ein großer Erfolg dieser unserer Kulturgruppe, denn bombenvoll war der große Saal. Kleine und große saßen da und sahen mit freudigen Augen und fröhlichen Herzen nach der Leinwand, die traute Bilder aus der Märchenwelt hervorzauberte. Und da waren es die Kleinen, die in lauten Jubel ausbrachen, wenn sie den bösen Wolf oder das kleine Rotkäppchen erblickten. Als es Schluß wurde, da schaute noch so mancher sehnsüchtig nach der Bühne hin, aber die Märchengestalten waren verschwunden. Es wäre nur zu begrüßen, wenn die Leitung des Bundes für Arbeiterbildung gelegentlich wieder sich zu einer solchen Veranstaltung entschließen könnte.

Das Blüthnerorchester in Königshütte. Für den 2. Februar steht unserem konzertliebenden Publikum ein einzigartiger Kunstgenuß bevor! Das gesamte Blüthnerorchester — 65 Mann — wird unter persönlicher Leitung seines weithinbekannten Dirigenten Emil Bohnke nachmittags 5 Uhr im Saale des Hotels „Graf Reden" konzertieren. Das Programm sieht klassische und moderne Meister vor. Der Vorstand der Deutschen Theatergemeinde hat beschlossen, dieses musikalische Ereignis diesmal in Königshütte stattfinden zu lassen, damit die Preise in mäßigen Grenzen gehalten werden können, um auch Minderbemittelten Gelegenheit zu geben, einmal ein Orchester von Weltruf zu hören! Da der Redensaal etwa 2000 Personen faßt — das Kattowitzer Stadttheater nur 800 — wird trotz der sehr hohen Spesen, man bedenke, was allein die Reise für ein so großes Orchester von Berlin nach hierher kostet, der Durchschnittspreis nur 6.00 Zloty betragen. Der Vorstand der Deutschen Theatergemeinde geht dabei allerdings von der Voraussetzung aus, daß der Redensaal bis auf den letzten Platz gefüllt sein wird. Es handelt sich hier um einen erstmaligen Versuch, der, falls er beim Publikum nicht den notwendigen Anklang findet, aus begreiflichen Gründen nicht mehr wiederholt werden wird. Der Durchschnittspreis für dasselbe Konzert hätte im Kattowitzer Stadttheater 10,00 Zloty betragen. Vorbestellungen werden schon jetzt in den Büros der Deutschen Theatergemeinde in Kattowitz — Telephon 1647 — und in Königshütte — Telephon 150 — entgegengenommen.

Vandalismus. Unbekannte Täter haben die in den Kassenhäuschen am Stadion angebrachten Fensterscheiben eingeschlagen. Leider sind die frechen Burschen unerkannt entkommen, für die eine Tracht Prügel sehr am Platze wäre.

Von der Gräfin Laura-Grube. Nachdem vor einigen Monaten auf der Gräfin Laura-Grube große Arbeiter- und Beamtenreduzierungen vorgenommen wurden, hat sich zugunsten der weiter verbliebenen Belegschaft die Arbeitslage ständig gebessert. Die vordem eingelegten Feierschichten sind in Wegfall gekommen, außerdem wird an jedem Sonnabend eine dritte Förderschicht eingelegt. Die Belegschaft beträgt jetzt annähernd 1 100 Mann. Was somit den zur Entlassung gekommenen zum Nachteil gereicht ist, haben die weiterverbliebenen dadurch besondere Vorteile, und zwar keine Feierschichten, Einlegung jeden Sonnabend einer dritten Förderschicht, ja manche Häuer erhalten sogar für geleistetes Soll, außer ihrem Verdienst, bis 10 Zloty Prämie. Und dieses geschieht alles im Zeichen der Arbeitslosigkeit. Die Verwaltungen wissen schon was sie machen, um ihre Gewinne zu vergrößern.

Siemianowitz

Noch einmal das Chorkonzert der Arbeitersänger. Unsere gestrige Rezension enthielt eine Reihe von sinnentstellenden Druckfehlern, die insgesamt auf den Korrektor zurückzuführen sind. So soll es heißen „Die Himmel rühmen", weiter anstatt Vereinssetzungen — Voraussetzungen, und dann anstatt vorsingen — verfügen.

Myslowitz

Wieder ein Raubüberfall durch maskierte Banditen.

Die Zahl der Raubüberfälle in Ost-Oberschlesien nimmt von Tag zu Tag einen immer größeren Umfang an. Noch ist der bestialische Raubmord an dem Fleischermeister Fitza in aller Munde, und schon wieder wird aus der Myslowitzer Gegend ein Banditenstück gemeldet.

Am gestrigen Abend befand sich der Restaurateur Rudolf Krause aus Sklarnia im Kreise Pleß mit seinem Gespann auf dem Wege von Morgi nach der Rosalienhütte. Unterwegs wurde er von zwei mit Revolvern bewaffneten und maskierten Männern angehalten. Die Banditen drohten ihn zu erschießen, wenn er seine Barschaft nicht herausgebe. Dem Ueberfallenen blieb schließlich nichts anderes übrig, als sich zu fügen und so händigte er ihnen seine gesamte Barschaft in Höhe von 4700 Zloty aus. Nachdem er noch gründlich durchsucht wurde, verschwanden die Banditen im nahen Walde.

Krause begab sich dann sofort nach Myslowitz zurück, wo er den Ueberfall bei der Polizei meldete, die gleich an den Tatort ein Kommando von Polizeibeamten entsandte. Es ist Hoffnung vorhanden, daß man der Banditen habhaft wird.

Schwientochlowitz u. Umebugng

Amtsausschußsitzung in Hohenlinde.

Die Sitzung wurde in Abwesenheit des Amtsvorstehers Kubitza von dessen Stellvertreter, Direktor der Skarboferme, Rominski, geleitet. Auf der Tagesordnung standen 10 Punkte. Die bereits vorberatene Marktordnung wurde genehmigt. Das Gesuch der Amtsangestellten Ludiga, Skutnik, Kuznik und Frl. Urbanczyk um Uebernahme auf den Etat, wurde vertagt. Dem bisherigen Lehrling Aniol wird, da seine Lehrzeit beendet ist, der Titel Amtsgehilfe zugesprochen. Das Gesuch des Desinfektors Pieda, ihm den Charakter eines Amtsboten zu verleihen, wird, da die Notwendigkeit nicht vorliegt, abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wird das Gesuch des hiesigen Polizeikommissariats um Bewilligung von Mitteln zum Ankauf eines Vervielfältigungsapparates. Der 8. Punkt betraf die Einstellung eines Laufburschen an Stelle des entlassenen Lehrlings Suda. Wegen Unklarheiten konnte hierüber nicht beraten werden. Die Angelegenheit wurde vertagt.

Ein Feigling. Ein gewisser Kosinski Gustav aus Schwientochlowitz unterhielt mit einer Margarete S. ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Nachdem er vom Gericht zur Alimentenzahlung verurteilt wurde, wollte er sich dieser unangenehmen Verpflichtung entziehen, indem er die S. und das 4 Jahre alte Kind umbringen wollte. Trotz dem gefaßten Vorhaben und allen Vorbereitungen konnte er sich zuletzt nicht dazu entschließen. Stattdessen griff er zu einem Rasiermesser und schnitt sich die Pulsader der linken Hand durch. Im bewußtlosen Zustande, der infolge des großen Blutverlustes eingetreten ist, wurde der „Held" nach dem Hüttenlazarett der Falvahütte in Schwientochlowitz gebracht.

Börsenkurse vom 17. 1. 1928
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 91 3/4 zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	47.003 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	212 75 zł
	1 Dollar	=	8.91 3/4 zł
	100 zł	=	47.093 Rmk.

Gemeindevertretersitzung in Hohenlinde. Anschließend an die Amtsausschußsitzung fand eine Gemeindevertretersitzung statt. Die Tagesordnung umfaßte 6 Punkte. Die Beratung des Budgets für das Rechnungsjahr 1928/29 wurde vertagt. Zur Budgetberatung wird eine Sitzung für den 17. 1. 28, 18 Uhr anberaumt. Wie früher, so wird auch in diesem Rechnungsjahr eine Gebäudesteuer von 5 Prozent pro Tausend erhoben. Gleichfalls bleibt die Höhe des Kommunalzuschlages auf die Staats-Grundstückssteuer unverändert. Derselbe beträgt 100 Prozent. Für die bei Anfertigung der Listen für die Sejm- und Senatswahlen geleistete Mehrarbeit wurde eine Vergütung bewilligt, und zwar für jeden ausgeschriebenen Namen drei Groschen. Punkt 5 betraf die Erteilung der Genehmigung zur Einstellung eines Bürolehrlings. Die Angelegenheit wurde vertagt. Der 2. Anhang zum Statut betr. die gewerbliche Fortbildungsschule wurde mit den von der Starostei vorgeschlagenen Sätzen genehmigt. Demnach ist zu zahlen pro Lehrling und Jahr: vom Handel, Kategorie 1: 20,00 Zloty; 2: 17,50 Zloty; 3: 15,00 Zloty; 4: 10,00 Zloty. Von der Industrie, Kategorie 1—4: 20,00 Zloty; 5: 17,50 Zloty; 6: 15,00 Zloty; 7: 10,00 Zloty; 8: 5,00 Zloty. Punkt 7 betraf die formelle Bestätigung des Protokolles 18 der Gemeindevertretersitzung vom 17. 12. 27. Das Gesuch des Lehrlings Aniol um Bewilligung eines Darlehns von 300,00 Zloty wurde vertagt. Die Voraussetzungen hierfür sollen erst geprüft werden. Ein Gesuch der ehemaligen Aufwartefrau Jokiel um Erhöhung der Pensionsbezüge kam dann zur Beratung. Mit Rücksicht darauf, daß Frau Jokiel 78 Jahre alt ist und der Gemeinde fast 30 Jahre treu gedient hat, stellte das Amtsausschußmitglied Kosmala den Antrag, die Pension, die bisher 20 Zloty monatlich beträgt, auf 40 Zloty zu erhöhen. Leider hatte die polnische Fraktion hierfür kein Verständnis. Nach fader Diskussion ergab sich bei der Abstimmung Stimmengleichheit. Herr Direktor Rawinski, der jetzt Gelegenheit hatte, sein gutes Herz zu offenbaren, entschied sich, den Antrag abzulehnen. Es wurden nur 3 0Zloty ab 1. 4. 28 bewilligt. Punkt 10 betraf die Festsetzung der Pensionsbezüge für den Amtsvorsteher Kubitza. Eine sehr heikle Angelegenheit. Zu berücksichtigen ist, daß Herr Kubitza in drei Gemeinden als Amtsvorsteher amtiert, von den maßgebenden Körperschaften nicht ernannt bezw. gewählt, sondern seinerzeit vom Starosten Potyka kommissarisch eingesetzt worden ist. Nach ausgedehnter und lebhafter Debatte wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Der Amtsausschuß stimmt zu, den auf Hohenlinde entfallenden Pensionsanteil zu bewilligen, wenn künftig die Leitung der Geschäfte des Amtsvorstandes dem Gemeindevorsteher übertragen werden. Anderenfalls behält sich der Amtsausschuß erneute Stellungnahme vor. Die sehr arme Gemeinde Hohenlinde kann sich nicht den Luxus erlauben, alle 5 Jahre einen Amtsvorsteher zu pensionieren. Herr Kubitza ist erst 52 Jahre alt, gesund und könnte noch 15 Jahre Dienst tun. Aber die Starostei verlangt Pensionierung. Herr Starosta, sollte Ihnen etwa die Vorschrift vorschweben, wonach in selbständigen Gemeinden der Gemeindevorsteher gleichzeitig Amtsvorsteher sein soll? In diesem Falle wäre Ihre Stellungnahme sehr zu begrüßen.

Pleß und Umgebung

Bezirkskonferenz in Nikolai. Zum Zwecke der technischen Durchführung der kommenden Wahlen, fand am Sonntag, den 15. Januar 1928 in Nikolai eine Konferenz der Vertrauensmänner der DSAP. und der PPS für alle Ortschaften des Bezirks Nikolai statt. Anwesend waren etwa 50 Genossen. Eine stattliche Anzahl, wenn man bedenkt, daß manche bis zu 2 Stunden Fußweg zurückzulegen hatten. Referate hielten die Genossen Rumpfeld (PPS.) und Peschka (DSAP.). Der erstere sprach über die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterschaft bei den künftigen Wahlen Genosse Peschka ergänzte noch die Ausführungen des Genossen Rumpfeld und besprach dann die technischen Angelegenheiten der Wahlagitation. In der Diskussion wurde von den einzelnen Genossen die Lage in ihren eigenen Ortschaften geschildert. Trotzdem noch mit einer Lauheit der Arbeiterschaft gerechnet werden muß, klang aber doch durch alle Reden die bestimmte Hoffnung durch, daß man es schon schaffen würde. Es ist auf alle Fälle mit einer Vermehrung der Arbeiterstimmen zu rechnen. Die kommende Wahlarbeit wird mit Freuden aufgenommen. Für den Bezirk Nikolai wurde dann eine Wahlkommission, bestehend aus fünf Genossen, gewählt. Das Schlußwort sprach dann noch Genosse Peschka, der alle Teilnehmer zur intensiven Mitarbeit bei der Wahlagitation aufforderte. Mit einem Hoch auf die Internationale und auf die geeinte deutsch-polnische Einheitsfront der Arbeiterschaft wurde die Konferenz geschlossen. Die überaus gute zuversichtliche Stimmung der Anwesenden, berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Nikolai. Am Mittwoch, den 18 Januar d. Js. findet in Nikolai ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

Theater und Musik

„Herodes und Mariamne".

Eine Tragödie in 5 Aufzügen von Friedrich Hebbel.

Unmittelbar nach Goethes Tod sind es drei Dichter insbesondere, die damals die deutsche Dichtung beherrschen: Otto Ludwig, Gottfried Keller und Friedrich Hebbel. Letzterer, ein Maurersohn, litt sein ganzes Leben lang bitterste Not und konnte sich nur unter den schwierigsten Verhältnissen entfalten. Deshalb ist es bezeichnend, daß seine Werke in der Mehrzahl von tiefstem Menschenleid erzählen, das immer wieder zum jähen Ausbruch kommt, das keine Freude in den Helden und Heldinnen aufkommen läßt, und mit Recht nannte man Hebbel „ein pathologisches Genie". Gleichviel geht durch seine Dramen ein starker Zug wildesten ungestümsten Temperaments und, würde das Milieu derselben nicht meistens der Geschichte entstammen, sondern aus dem Leben herausgegriffen sein, so würde Hebbels dichterische Kraft, auch noch in der Moderne fortwirken. Leider sind seine Dramen zu breit, zu ermüdend angelegt, man hat vergebens versucht, sie trotz ihres hohen ethischen Gehalts auf deutschen Bühnen einzubürgern — allein, vergebens, sie bleiben nicht. Doch geht einmal ein Hebbel-Drama über die Bühne — sei es „Judith", „Gyges und sein Ring" oder gar die herrliche „Agnes Bernauer" — so wirkt es wie ein seltener, kostbarer Schatz, dessen Glanz den Beschauer blendet.

Auch „Herodes und Mariamne", das stofflich tief in die biblische Geschichte zurückgreift, ist uns trotz seiner wunderbaren Gestaltung heute fremd geworden, obwohl es immer wert ist, einen Abend solch einem außerordentlichen Genie, wie Hebbel es war, zu widmen. Der Mord und immer wieder Mord zieht sich wie ein blutrünstiger Faden durch dieses Drama und erfüllt die Seelen der Meisten mit Abscheu. Das Wesen der heldenhaften Makkabäerin, auch ist der Moderne weltenfern entrückt, obwohl, wie gesagt, auch die Schöpfer vergangener Zeiten mitunter zu Worte kommen müssen. Und wenn uns auch stofflich nicht viel gegeben ist, so vermag es dennoch die packende Kraft des Dramas, unseren Geist für Stunden zu fesseln und ganz der Illusion der Geschehnisse auf der Bühne zu leben. Immerhin ist es der Theaterleitung dankbar anzuerkennen, daß sie auch das Alte, Gute, Schöne einmal in der Zeit aufleben und zu seinem Rechte kommen läßt.

Die gestrige Aufführung stand in jeder Beziehung auf einer bemerkenswerten Höhe, und es tritt immer deutlicher hervor, daß das diesjährige Schauspielpersonal tüchtig und erfolgreich zu wirken versteht. Die allgemeine Aufmachung des Ganzen war stilvoll und ästhetisch schön, die Regie unter Max Eckhardt arbeitete vorzüglich. Als Herodes sahen wir Herbert Schiedel, dessen Auffassung dieses tyrannischen, von Mordsucht besessenen Königs recht gut war, doch muß er sich an einigen Stellen, besonders im ersten Aufzug vor Uebertreibung hüten. In der Maske ausgezeichnet, gelangen ihm auch die starken Momente, und mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Rolle kann die Leistung als „zufriedenstellend" bezeichnet werden. Die Mariamne fand in Charlotte Scheier eine wunderbare Verkörperung Hoheitsvoll in jeder Ader Königin, wußte sie trotzdem, die Momente der Leidenschaft, des inneren Aufruhrs glänzend zu beherrschen. Ihr Spiel erschütterte in seiner Tragik. Auch Henny Ohlrau hatte für Alexandra, die Aufwieglerin, den richtigen Ton. Sie verstand es, Niedertracht und Frauenwürde miteinander zu verbinden. Doris Hansen als Salome schien durchaus nicht am richtigen Platze zu sein. Wenn auch Ungestüm und Temperament diese Figur zu kennzeichnen hatten, so doch mit Maß und vor allem beim Tode des Joseph mehr Natürlichkeit, das ganze Spiel der Rolle stand im Zeichen von Gemachtheit. Fritz Leyden schuf enen echten Pharisäer, dessen fanatischer Glaube in jeder Bewegung, in jeder Miene sich kundtat. Auch Rudolf Kauba als Soemus erfreute durch Ausgeglichenheit, ebenso der kraftvolle Titus des Adolf Rehbach. Joachim Ernst fühlte sich in der Person des Joseph nicht ganz wohl, dafür verstand es Arthur Ciowski, mit der kleinen Rolle des Joab eine gute Wirkung zu erzielen. Die von Kurt Gaebel geschaffene Bühnenmusik war durchaus stilvoll. Alle anderen Mitspieler, besonders die 3 Könige aus dem Morgenlande, paßten sich in Maske und Spiel musterhaft dem Ganzen an, so daß auch diese Schauspieldarbietung in jeder Hinsicht ein voller Erfolg zu nennen ist.

Das gut besetzte Haus zeigte sich äußerst dankbar und spendete der Künstlerschar, besonders am Schluß, begeisterten Applaus.

A. K.

Ein zweites Albanien?

Griechenland sucht Anschluß an Italien.

Die neuerdings festzustellende Annäherung Griechenlands an Italien hat nach den vorliegenden Pressemeldungen auf türkischer Seite großes Unbehagen erregt, denn man sieht in ihr eine deutliche Spitze gegen die Türkei. Italien hat nie sehr freundschaftliche Gefühle für Angora gehegt. Die Seelenverwandtschaft zwischen Kemal Pascha und Mussolini ist zwar verschiedene Male der Anlaß für eine sympathische Anerkennung ihrer beiderseitigen Leistungen gewesen, aber Worte kosten nicht viel und verlieren ihren Sinn, wenn machtpolitische Interessen auftauchen.

Von türkischer Seite ist in letzter Zeit mancherlei versucht worden, um den Zorn des römischen Peliden gnädig zu stimmen. Der italienische Handel hat in der Türkei offene Türen gefunden und die neuen türkischen Kriegsschiffe sind in Italien bestellt worden. Mussolini hat diese kleinen Geschenke gnädigst angenommen und in der Zwischenzeit klug geschwiegen, um sich das Geschäft für Italien nicht entgehen zu lassen. Seine Gesinnung gegen die Türkei hat sich aber ebensowenig geändert wie seine Ueberzeugung, daß der Besitz Anatoliens ein dringendes Bedürfnis für die Zukunft Italiens ist. Nach einer Periode des Schweigens, die in der Hauptsache durch den Druck Englands und die ablehnende Haltung Frankreichs veranlaßt war, setzt jetzt in der türkischen Politik Mussolinis eine neue Epoche ein. Sie folgt diesmal der indirekten Methode und ist deshalb gefährlicher, weil sie nicht von einem Theaterdonner wilder Drohreden begleitet wird. Ja, es hat ernsthaft den Anschein, als wenn das türkisch-italienische Verhältnis sich stark zuzuspitzen beginnt, weil es der italienischen Politik gelungen ist, sich die Vorspanndienste Griechenlands für ihre türkischen Pläne zu sichern.

Die Freundschaft zwischen Rom und Athen datiert erst seit kurzem. Ihr eigentlicher Vater ist der alte Drahtzieher der griechischen Außenpolitik, der Exministerpräsident Venizelos. Er hat den Ehrgeiz, seine bewegte Karriere als Staatspräsident einer griechischen Republik zu beschließen, in der sein Lebenstraum eines Groß-Griechenland diesseits und jenseits der Aegäis zur Wirklichkeit wird. Der Stern des vielgewandten Kreters, der nach dem Fiasko des letzten Türkenkrieges als Geächteter von der Bildfläche verschwinden mußte, ist wieder im Aufgehen. Seine Schüler und Gefolgsmänner beherrschen die Staatsmaschine und durch sie fängt der Wille von Venizelos wieder an, allmächtig in der griechischen Politik zu werden. Bei dem mangelnden Interesse Englands und Frankreichs an der griechischen Frage blieb Venizelos auf der Suche nach Bundesgenossen nur noch Italien übrig, mit dem eine Verständigung über die Teilung der türkischen Beute leicht möglich scheint. Trotz der gemeinsamen Interessen gegen die Türkei ist die Liebe der Griechen für Italien nichts weniger als groß. Italien treibt auf den von ihm besetzten Inseln des Dodekanes eine rücksichtslose Italienisierungspolitik, und der Gouverneur von Rhodos hat kürzlich in Cypern wie in Athen deutlich die Abneigung der Griechen gegen die italienischen Methoden zu spüren bekommen. Jetzt ist der griechische Außenminister Michalkopulos nach Rom gegangen, um die Barrieren der griechisch-italienischen Freundschaft niederzureißen. Er hat die Zusicherung erhalten, daß Italien gewillt ist, um den Preis eines Freundschaftspaktes mit Griechenland den Inselgriechen die kulturelle Autonomie einzuräumen. Ferner hat sich Italien bereit erklärt, die von ihm besetzten Inseln des Archipels an Griechenland zurückzugeben, wenn die Notwendigkeit ihrer militärischen Besetzung nicht mehr vorhanden sein wird. So belanglos dieser Versprechen auch ist, es hat genügt, um Griechenlands Bündnisbereitschaft zu erhalten.

Dieser unerwartete Wechsel der bisherigen griechischen Einstellung läßt sich nur dadurch erklären, daß die griechischen Politiker für den Eintritt in die italienische Klientel auf einen anderen Preis rechnen, nämlich auf Smyrna und sein Hinterland. Noch eine andere Tatsache weist darauf hin, wie tief Italiens Finger schon in der griechischen Politik stecken. Der italienische Gesandte in Athen hat die Forderung nach einer Beteiligung Italiens an der griechischen Stabilisierungsanleihe erhoben, die ohne Zweifel zugestanden wird. Auf diesem Wege soll sich die offene Tür für das italienische Kapital in Griechenland erschließen und die wirtschaftliche Durchdringung des Landes vorbereiten. Von hier aus ist der Weg zu politischen Geheimverträgen und zu militärischen Abkommen nicht mehr weit. Nach all dem scheint die Behauptung nicht zu gewagt, daß Griechenland unter der außenpolitischen Aegide von Venizelos im Begriff ist, ein zweites Albanien zu werden, dessen Verwendbarkeit für die italienische Mittelmeerpolitik nur noch erfolgreicher sein wird, weil es sich als Schrittmacher auf dem Balkan wie in Vorderasien und unter Umständen sogar in Aegypten gebrauchen lassen kann.

Zur Beruhigung der internationalen Politik wird die neue griechisch-italienische Kombination auf keinen Fall beitragen. Sie muß vor allem die Türkei auf neue außenpolitische Wege drängen, die notwendig nach Moskau und nach Asien führen. Die ohnehin an Zündstoffen reiche Situation im Mittleren Osten kann unter Umständen durch das neue Bündnis zu einem Brandherd werden, gegen den der Vorkriegsbalkan unglückseligen Angedenkens nur ein armseliges Feuerchen war.

Die Reaktion in Südslawien

Arbeiternot in der Bauernmonarchie.

Die Sozialdemokratische Partei Sloweniens, jenes früher österreichischen Teiles von Südslawien, in dem die sozialistische Bewegung am stärksten ist, hat soeben ihren Landesparteitag abgehalten. Dort berichtete der einzige Sozialdemokrat der Belgrader Skupschtina, Genosse Petejan-Marburg:

Die Neuwahlen wurden im Zeichen des Terrors und der Korruption durchgeführt. Namentlich in Mazedonien herrschte die nackte Gewalt. Dementsprechend ist auch das neue Parlament zusammengesetzt: ein Drittel der Abgeordneten wurde von der Polizei gewählt. In die Regierung Wukitschewitsch sind neben den Radikalen, Dawidowitsch-Demokraten und Muselmanen auch die Slowenisch-Klerikalen (katholisch) eingetreten. Die Debatte über den Mieterschutz, die Beantwortung der Interpellation über die Einführung (!) der Arbeitslosenversicherung, das Statut über die Arbeitsbörsen zeigten alsbald den reaktionären Charakter der Mehrheit. Der Streit zwischen der bürgerlichen Opposition und der Regierung in der Frage des Steuerausgleiches wurde damit beigelegt, daß die Einkommensteuer gestrichen, also das Einkommen der Reichen künftighin unbesteuert bleiben wird, dafür aber selbstverständlich andere Steuerquellen angebohrt werden müssen. Im Staatsvoranschlag werden für Militarismus, Polizei und Gendarmerie 3 151 879 000 Din oder 45 Prozent verausgabt. Mazedonien allein beherbergt zehn von zwanzig Tausend Gendarmen! Aber kaum 30 Millionen Dinar oder 0,42 Prozent sind für die Arbeitslosen bestimmt. Für die Arbeitslosen hat der Staat kein Geld übrig, erklärte der christlichsoziale Sozialminister, ebensowenig für eine Wohnungsbauaktion usw.

Wohl aber ist Geld genug vorhanden, daß man zwei Beamtengarnituren erhält, die bei jedem Regime ausgewechselt werden. Während die eine das Gehalt bezieht, genießt die andere die Pension.

Alle Lasten tragen die arbeitenden Volksklassen, die von ihrem kargen Verdienst nicht nur für hohe direkte, sondern auch für ungeheure indirekte Steuern aufkommen müssen. Kaum 1½ Milliarden Dinar direkten Steuern stehen fast 6 Milliarden indirekter Steuern gegenüber, darunter Verbrauchssteuern, Zölle, Monopole, Gebühren usw. Eine neue Schulsteuer wird eingeführt. Den Eisenbahnern droht eine neue Verschlechterung ihrer Lage. Ganz gleiches Schicksal verfolgt die Bergarbeiter. Die Bruderladen (Knappschaften) weisen hohe Passiva auf, so daß ernste Gefahr für die Pensionsversicherung der Bergarbeiter besteht.

Die Regierung hat neuerdings die Bildung einer Völkerbundliga in Slowenien und den übrigen deutschen Gebieten Südslawiens durch Nichtgenehmigung der Satzungen auf Grund des dort noch geltenden altösterreichischen Vereinsgesetzes von 1867 verboten; vermutlich deshalb, weil sie darin die „Gefahr" einer Anrufung völkerbundlichen Minderheitenschutzes sieht. Dabei waren die deutschbürgerlichen Abgeordneten in der Skupschtina bisher immer die Stimmenreserve der Regierung.

Wir benutzen diesen Anlaß, um mitzuteilen, daß unsere Ueberschrift über eine TU.-Meldung aus einem großdeutschen Wiener Blatt über das deutsche Schulwesen in Südslawien zu lobend war, indem sie jene Neuregelung als vorbildlich bezeichnete. Die Sache verhält sich so: Am 1. November v. J. hat der Unterrichtsminister eine Verordnung erlassen, wonach bei der Einschulung der Kinder in die Volksschule ihre Nationalität, die Sprache, die sie sprechen, sowie die Willensäußerung der Eltern maßgebend zu sein haben. Die Verordnung, die zunächst nur für die Wewodina (früheres Südungarn) Gültigkeit hatte, ist vor kurzer Zeit auch auf Slowenien ausgedehnt worden, jedoch nur für das Laibacher Verwaltungsgebiet, nicht aber für das Marburger. Diese Verordnung bedeutet zweifellos einen großen Fortschritt gegenüber dem früheren Zustande, wo der Wille der Eltern bei der Einschulung überhaupt unberücksichtigt blieb. Die Neuregelung macht aber die Einschulung der Kinder noch immer nicht ausschließlich von dem Willen der Eltern abhängig, wie es die Minderheiten fordern. Es ist unverständlich, warum die Belgrader Regierung diese Verordnung nicht auf das ganze Staatsgebiet ausgedehnt. Wir haben selbst in Marburg erfahren, daß zum Beispiel die Oberklassen der höheren Schulen ganz slowenisch geführt werden, obwohl die Schüler größtenteils Deutsche sind. Allerdings — im Vergleich zu der schamlosen Schulpraxis der Italiener in Deutsch-Südtirol könnte selbst die südslawische Schulpolitik noch gerühmt werden!

Wie Er floh

Von Philipp Scheidemann.

Ludendorff ist bekanntlich niemals nach Schweden „geflohen". Gott bewahre! Er hat sich lediglich eine blaue Brille aufgesetzt, um sich unkenntlich zu machen. Zuvor ließ er sich einen Paß auf den Namen Lindström ausstellen. Dann fuhr oder flog er über die Ostsee. So reisen wahrscheinlich alle Leute nach Schweden. Oder vielleicht nur die, die sich von Juden, Freimaurern und Jesuiten verfolgt glauben? Vielleicht auch nur Generale? Oder vielleicht nur Generale, die va banque gespielt und wirklich alles verloren haben? Aber lassen wir diese Angelegenheit Ludendorff auf sich beruhen.

Nicht bestritten wird ja wohl, daß der allergnädigste oberste Kriegsherr Ludendorffs nach Holland geflohen ist. Zu seiner Entschuldigung könnte auch nicht einmal der Grund angeführt werden, der zur Entlastung Ludendorffs tatsächlich angeführt worden ist: Er hätte keine passende Wohnung in Deutschland finden können! Die Tatsache, daß Wilhelm II. geflohen, buchstäblich ausgerückt ist, steht fest. In Dunkel gehüllt sind immer noch mancherlei Umstände, unter denen die Flucht vorbereitet und schließlich durchgeführt worden ist. Sehen wir uns deshalb einige Daten an, die der Aufhellung dieses blamablen Endes eines Kaisers vielleicht dienen können.

Die Wilsonnoten waren immer deutlicher geworden, kein Mensch konnte schließlich noch an der Wahrscheinlichkeit vorüberkommen, daß die Abdankung des Kaisers Voraussetzung für die Bewilligung des erbetenen Waffenstillstandes sein werde. Der damalige Reichskanzler Prinz Max fand nicht den Mut, dem Kaiser reinen Wein einzuschenken, ihm also den Rücktritt anzuraten. Er steckte sich dauernd hinter andere Männer, denen er mehr Mut zutraute als sich selbst. Er bat den General v. Chelius, der dem Rücktritt im Auftrage des Herrn v. d. Lancken, der rechten Hand des Gouverneurs in Belgien, dem Prinzen selbst als notwendig hatte bezeichnen müssen. Vergebens! Er bat den Hofprediger v. Dryander. Vergebens! Er bat den Prinzen August v. Eulenburg. Vergebens! Nachdem der Prinz sich auch hinter sozialdemokratische Abgeordnete gesteckt und sie gebeten hatte, ihm Zeit gewinnen zu helfen, damit der Kaiser freiwillig zurücktreten könne — denn von einem Druck auf ihn dürfe keine Rede sein! — schaffte ich ganz bewußt ein fait accompli, um allen Quertreibereien einen Riegel vorzuschieben. Am 29. Oktober forderte ich als Staatssekretär vom Prinzen Max, daß das Kabinett nunmehr beschließen müsse, den Kaiser zum Rücktritt aufzufordern.

Am selben Tage erfuhr der Reichskanzler, daß der Kaiser, der bis dahin in Potsdam gewohnt hatte, in der kommenden Nacht ins Große Hauptquartier fahren wolle! Der Prinz war entsetzt, und hielt die Kunde zunächst für einen schlechten Scherz. Dann aber setzte er Himmel und Hölle in Bewegung, um den Kaiser von seinem Vorhaben abbringen zu lassen. Vergebens! Seine Majestät wollte „nur für höchstens drei Tage" fort, es schien sich also seiner Darstellung nach mehr um eine Spritztour zu handeln, wie er sie so gern unternommen hatte. Prinz Max ging klopfenden Herzens selbst zum Kaiser, um ihm zu sagen, daß er jetzt unter keinen Umständen Berlin verlassen dürfe. Wir ständen vor den schwersten Entscheidungen! Der Kaiser antwortete: „Ach was, wenn Ihr tut, was Ich Euch geraten habe, kann noch alles gut werden!" Was hatte er geraten. Man möge Wilson laufen lassen, um mit England anzubandeln!

Erst durch die jüngsten Veröffentlichungen ist dieser Vorschlag des Kaisers in neue Beleuchtung gerückt worden. Wir haben gehört und gelesen, daß der König von England sich bemüht haben soll, den Kaiser vor der Auslieferung an die Entente zu bewahren. Das setzt voraus, daß der König gewußt hat, die Auslieferung des Kaisers werde eine der Friedensbedingungen sein. Der König von England soll die holländische Königin gebeten haben, dem Kaiser im Notfalle eine Zufluchtsstätte zu gewähren. Tagelang vor der Flucht des Kaisers war tatsächlich ein holländischer Generaladjutant im Großen Hauptquartier, ohne daß bekannt geworden wäre, was er dort gewollt hat. Mir ist versichert worden, daß der holländische General von Heutsz im Auftrage der holländischen Königin Wilhelmine zu Hindenburg geschickt worden sei, dann aber auch sehr eingehend mit dem Kaiser lange Zeit verhandelt habe. Der Kaiser habe schließlich dem holländischen General in die Hand versprochen, nicht zu fliehen; er werde viel-

Das Land mit den hundert Sprachen

Rußland und seine nationalen Minderheiten. — Eine anstrengende Eheschließung. — Shakespeare auf Baschkirisch. — Vatermord als Tradition.

Die russische Regierung beschäftigt sich seit dem Bestehen des neuen Regimes mit der Frage der nationalen Minderheiten. Das riesige Reich umfaßt ja mehr als hundert verschiedene Völker und man zählt hundert Sprachen, die auf dem Gebiete der Union gesprochen werden. Rechnet man noch die verschiedenen Dialekte hinzu, so ergibt sich eine Zahl von 200 Sprachen. Zur Zarenzeit betrachtete es die Regierung als ihre Aufgabe, die einzelnen Stämme zu russifizieren. Die russische Sprache war für alle offiziell. In den Gegenden, wo es Schulen gab, wurden die Kinder mit Gewalt in die russische Schule geschickt. Es ist daher kein Wunder, daß bei einer solchen Politik die nationalen Minderheiten dem Zarismus feindlich gegenüberstanden. Die Sowjetregierung tat einen geschickten Schachzug, als sie den einzelnen Stämmen eine ziemlich weitgehende Autonomie gewährte. Sie versuchte ihnen auf diese Weise auch kommunistische Ideen beizubringen. Ob das bei den wenig zivilisierten Völkern, bei denen noch heute die überkommene Tradition eine Hauptrolle spielt, gelungen ist, soll dahingestellt bleiben. Jedenfalls vermochte sie Stämme, die der zaristischen Macht feindlich gesinnt waren, zu Freunden des neuen Systems zu machen. Im alten Rußland wußte man sehr wenig von den Völkern, die der Herrschaft des Selbstherrschers aller Reußen untertan waren. Die planmäßige wissenschaftliche Erforschung dieser so gut wie unbekannten Völker ist erst jüngsten Datums. Hier sieht sich der Forscher einem umfangreichen Material gegenüber.

Nur die großen Stämme, wie Tartaren, Grusier, Baschkiren, Kirgisen, Kalmücken, sowie Jakuten in Sibirien, um nur einige zu nennen, sind in einige autonome Republiken zusammengeschlossen. Andere kleinere Stämme leben zumeist noch in einem patriarchischen Zustand wie schon vor tausend Jahren. Im Norden des europäischen Rußland, auf dem Gebiet der karelischen Republik, die an Finnland grenzt, lebt z. B. ein Stamm, den man erst vor wenigen Jahren entdeckt hat. Es sind Kaiwaren, Ueberreste des finnischen Stammes Wessi, die vor vielen hundert Jahren von den Freibeutern der Nowgoroder Volksrepublik nach Norden verjagt wurden. Um das Land der Kaiwanen zu erreichen, muß man ein Sumpfgebiet durchqueren, das schwer zugänglich ist. Die Kaiwanen sind blonde, hochgewachsene Menschen von prachtvoller Figur; sie zählen heute nur noch 200 Köpfe. Der Stamm stirbt aus. Die Kaiwanen glauben an gute und böse Geister, haben ihre Priester und Zauberer und sind trotzdem orthodoxe Christen. Zwar ist die kirchliche Trauung hier, wie auf dem ganzen Gebiet der Sowjetunion, abgeschafft; trotzdem lassen sich die Kaiwanen ausschließlich in der Kirche trauen und wollen auf keinen Fall die Ehe in der nächsten Kreisstadt, die sie übrigens vielleicht ein einziges Mal in ihrem Leben besuchen, registrieren lassen. Einem alten Aberglauben zufolge dürfen die Kaiwanen während der Trauung keinen Augenblick stillstehen, sonst haben sie in der Ehe kein Glück. Deshalb verrenken sie während der feierlichen Zeremonie die Glieder und schneiden höchst unfeierliche Grimassen. Eine Kommission zum Studium der unbekannten Völkerstämme Rußlands hat unter den Kaiwanen ein ganzes Jahr verlebt. Bei den Karelen, einem Stamme finnischen Ursprungs, der in demselben Gebiet wohnt, findet man Leute, die uralte Sagen aus dem zehnten Jahrhundert, die sie noch in ihrer Kindheit auswendig gelernt haben, rezitieren. Der Historiker findet in diesen Sagen wertvollen Stoff über eine Zeitepoche, die noch sehr wenig bekannt ist.

Das Gebiet der mittleren Wolga bevölkern die Nordwas und die Tschuwaschen, Stämme, die durch eine Mischung von finnischen Völkern mit den tartarischen Eroberern entstanden sind. Die Tschuwaschen stehen im Ruf, sehr begabte Schauspieler zu sein, was sich bei den von der Sowjetregierung veranstalteten Filmaufnahmen gezeigt hat. Die Tschuwaschen haben eine eigene staatliche Filmgesellschaft gegründet und drehen historische Filme aus ihrer Vergangenheit. Auch zahlreiche Kulturfilme, die das an uralten Sitten und Bräuchen reiche Leben der Tschuwaschen anschaulich machen, werden dort hergestellt genau wie im Kaukasus, der ebenfalls einen beliebten Hintergrund für Filmaufnahmen abgibt. Viele nationale Minderheiten haben erst jetzt ein eigenes Alphabet bekommen, wie z. B. die Baschkiren. Klassische Werke der Weltliteratur sind bereits in diese nationalen Sprachen übersetzt worden. Man hat sogar klassische Theaterstücke in der Baschkirensprache aufgeführt. So hatten vor kurzem die Baschkiren Gelegenheit, das „revolutionäre Drama Julius Cäsar" von Shakespeare im Staatstheater von Orenburg kennen zu lernen. Daß es in Sibirien Stämme gibt, die noch niemals einen Russen zu Gesicht bekommen haben, kann bei den ungeheuren Ausmaßen dieses Land nicht wundernehmen.

Um die unbekannten sibirischen Stämme zu erforschen, ist vor kurzem eine Gesellschaft zum Studium der unbekannten Völker Nordsibiriens organisiert worden. Zum erstenmal wurde eine ethnographische Expedition nach dem Gebiet der Tschukotka im äußersten Nordosten Sibiriens entsandt. Die Tschukotka wird als „die weiße Sahara des Nordens" bezeichnet. Es ist eine unendliche, schneebedeckte Einöde, deren Stille weder von einer menschlichen Stimme noch von dem Geheul eines Wolfes gestört wird. Im Winter erreicht die Kälte manchmal 60 Grad. Furchtbare Schneestürme machen das Gebiet fast unzugänglich — wehe dem waghalsigen Jäger, der sich dorthin wagt! Am felsigen Ufer des nördlichen Eismeeres liegt die „Stadt" Uchlen, die Metropole der Tschutschen, der administrative und kulturelle Mittelpunkt der Tschuktschen.

Häuser gibt es in dieser „Hauptstadt" nicht. Die Eingeborenen wohnen in Jurten — bienenstockartigen Zelten — die mit Seehundfellen bedeckt sind. Zweimal im Jahre verlassen sie ihre Hauptstadt, um als wilde Nomaden auf die Wanderschaft zu gehen. Sie ernähren sich von der Jagd auf Seehunde und Seelöwen. Das Fett wird zum Essen und für Beleuchtungszwecke gebraucht, mit dem Fleisch werden die Hunde gefüttert. Bereits als Kinder sind die Tschuktschen so an die Kälte gewöhnt, daß sie bei stärkstem Frost ganz nackt herumlaufen. Früher besaßen sie große Renntierherden von vielen tausend Tieren, von denen heute nur noch ein paar Hundert am Leben geblieben sind. Die Tschuktschen sind wohl das Volk innerhalb der Sowjetunion, das sich auf der niedrigsten Kulturstufe befindet. Wenn ein alter Tschuktsche krank wird, bittet er seinen Sohn, ihn zu erwürgen. Der Sohn muß dem Vater gehorchen, er erdrosselt ihn und verbrennt dann die Leiche. Als Oberhaupt des Stammes gilt der Oberpriester. Jede Siedlung hat außerdem einen eigenen Priester, dem die Eingeborenen blind gehorchen.

Wladimir Koropow

mehr nach Berlin zurückgehen und zwar an der Spitze seiner Truppen, um die Revolution niederzuschlagen.

Als der Kaiser dann am 9. November trotzdem flehend an die Schlagbäume der holländischen Grenze pochte und um Aufnahme bat, ist die holländische Regierung auf das höchste überrascht und bestürzt gewesen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist die Flucht tagelang sorgsam vorbereitet gewesen und zweifellos hatte der Kaiser die Fluchtpläne längst erwogen, als ihn der Prinz Max bat, Berlin nicht zu verlassen. Er sah damals drei Wege vor sich. Den ersten hatten ihm General Gröner und andere höhere Offiziere gewiesen: er solle in die Schützengräben gehen und eine Kugel erwarten. Das war ihm zu lebensgefährlich, deshalb lehnte er diesen Vorschlag ab. Der zweite Weg war der, den er mit dem holländischen General Heutsz besprochen hatte: Rückführung der Truppen nach Berlin gegen das unzufriedene Volk. Diesen Weg hat er wohl für möglich gehalten, bis ihm vom General Gröner gesagt worden ist, „daß das Heer wohl unter seinen kommandierenden Generalen, nicht aber unter der Führung Seiner Majestät in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückkehren würde." Wilhelm zog dann den Weg vor, der ihm am ungefährlichsten erschien und seiner heldischen Natur am meisten entsprach. — ER floh!

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Mittwoch, den 18. Januar. 15.45—16.30: Aus Büchern der Zeit. — 16.30—18.00: Johann Strauß. — 18.00: Hans Philipp Weitz spricht über „Rundfunkliteratur". — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle, Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19.00—19.40: Hans Philipp Weitz liest die Erzählung „Rita Olveda". — 19.40—20.10: Die Uebersicht. Berichte über Kunst und Literatur. — 20.20: Symphoniekonzert. — Anschließend: Die Abendberichte und „Aufführungen des Breslauer Schauspiels", Theaterplauderei von Carl Behr.

Kattowitz — Welle 422

Mittwoch. 16.20 und 16.40: wie vor. 17.05: Berichte. 17.20: Geschichtsstunde. 17.45: Uebertragung aus Krakau. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.30: Opernübertragung. 22.00: Berichte.

Posen — Welle 280,4.

Mittwoch. 12.45: Militärkonzert. 17.00: Stunde für die Kinder. 17.45: Heitere Stunde. 19.10: Französischer Unterricht. 19.35: Vortrag. 20.30: Konzert. 22.00: wie vor. 22.30: Jazzmusik.

Krakau — Welle 422.

Mittwoch. 16.40: Vorträge. 17.45: Stunde für die Jugend. 18.15: Vokalmusik. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.30: Opernübertragung aus Kattowitz. 22.00: Uebertragung aus Warschau.

Warschau — Welle 1111.

Mittwoch. 11.40 und 12.00: wie vor. 16.00 Vorträge. 18.45: Kinderstunde. 18.55: wie vor. 19.30: Opernübertragung aus Kattowitz. 22.00: Berichte.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Katowice. Am Dienstag, den 17. Januar 1927, 7½ Uhr abends, findet im Zentralhotel der Vortrag des Gen. Dr. Wolf „Zur Geschichte des Achtstundentages" statt. Nach der Sitzung findet ferner eine Vorstandssitzung statt, zu der wegen der wichtigen Tagesordnung — Bibliothek, Bunter Abend — um möglichst zahlreiches Erscheinen der Vorstandsmitglieder ersucht wird.

Bismarckhütte. Am Dienstag, den 17. Januar, findet im Arbeiterkasino Krol. Huta der fällige Vortrag statt.

Versammlungskalender

Generalversammlung des D. M. V.

Am Sonntag, den 19. Februar, findet im Volkshause Königshütte, ul. 3-go Maja 6, die diesjährige Generalversammlung statt. Die Tagesordnung enthält Eröffnung, Berichte des Bevollmächtigten, des Kassierers, der Revisoren, Diskussion, Anträge und Verschiedenes. Jede Verwaltungsstelle hat auf Grund des Statuts umgehend Versammlungen einzuberufen und Delegierte zu wählen und zwar auf je 50 Mitglieder ein Delegierter. Sind 20 weitere Mitglieder vorhanden, dann hat der betr. Ort das Recht auf Entsendung eines weiteren Delegierten. Anträge zur Generalversammlung müssen spätestens bis zum 4. Februar an die Bezirksleitung des D. M. V. Krol. Huta, ul. 3. Maja 6, einlaufen. Mitgliedsbuch sowie Vollmacht der einzelnen Ortsverwaltungen ist Bedingung.

Generalversammlungen des Maschinisten- u. Heizerverbandes

Lipine, 17. Januar, abends 7½ Uhr.
Laurahütte, 22. Januar, vormittags 10 Uhr.
Schwientochlowitz, 29. Januar, vormittags 10 Uhr.
Die Versammlungen finden durchweg in den bisher benutzten Lokalen statt.

Kattowitz. Ortsausschuß. Dienstag, den 17. Januar, abends 7 Uhr, findet eine Vorstandssitzung im Zentralhotel, Zimmer 11, statt. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Kattowitz. Ortsverein der D. S. A. P. Am Dienstag, den 17. Januar, abends 7 Uhr, findet eine Vorstandssitzung des Ortsvereins statt. Alle Vorstandsmitglieder werden um pünktliches Erscheinen ersucht.

Königshütte. Arbeiter-Ges.-Ver. „Vorwärts". Mitgliederversammlung am 17. Jan., um 7½ Uhr nachmittags. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Nikolai. Freie Sänger. Am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal (Ciossek). Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Nikolai. Bergarbeiterverband. Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Vereinslokal (Ciossek) die Generalversammlung der Zahlstelle Nikolai statt. Es wird um pünktliches und vollzähliges Erscheinen gebeten.

Vermischte Nachrichten

Auferstehen ist nicht leicht.

Eine seltsame Begebenheit versetzt das Städtchen Benton im Staate Michigan in Aufregung. Dort starb kürzlich Benjamin Purnell, der sogenannte „König und Poet des Hauses David". Er hatte sich im Jahre 1895 aus eigener Machtvollkommenheit zum „siebenten Sendboten des Himmels und Sohn Gottes auf Erden" erklärt und später verkündet, daß er unsterblich sei und am dritten Tage seines körperlichen Ablebens vom Tode wieder auferstehen werde. Die Sekte, die er gründete, hatte außerordentlich starken Zulauf — Amerika war von jeher für neue Propheten sehr empfänglich — und die kleine Stadt, in der sich die Gemeinde ansiedelte und in der Purnell als Heiliger verehrt wurde, kam rasch zu Wohlstand. Die Prophezeiungen des „himmlischen Sendboten" waren keineswegs „wertlos"; Sachkundige schätzen das Vermögen der erwerbstüchtigen Gemeinde auf rund 50 Millionen Dollar, und diesen stattlichen Besitz hat sie zweifellos vorwiegend Mr. Purnell zu verdanken. Eine Anklage wegen Verführung Minderjähriger, die man gegen ihn erhob, wußte Purnell zu entkräften, so daß der Prozeß mit seiner Freisprechung endete. Danach galt er als Märtyrer, und nichts konnte seine Stellung mehr erschüttern — wenigstens bei Lebzeiten. Nachdem er das achtzigste Lebensjahr vollendet hatte, siechte er langsam dahin und schied in diesen Tagen aus dem Leben. Auf Grund seiner Zusage, im Laufe von drei Tagen wieder zum Leben zu erwachen, weigerten sich seine Anhänger energisch, die Leiche zu beerdigen. Der Sarg mit dem Toten, der mit einem weißen Flanellgewand bekleidet ist, steht noch offen, und daneben ist ein winterlicher dicker Ueberrock als wärmende Bekleidung vorgesehen. Nach drei Tagen zeigte die Leiche schon alle Zeichen der Verwesung, doch halten die Gläubigen nichtsdestoweniger ständig neben dem Toten Wache, in der festen Hoffnung, daß er bald wieder lebendig unter ihnen erscheinen werde. Natürlich werden die amerikanischen Behörden bald einschreiten müssen, daß aus gesundheitlichen Gründen unmöglich geduldet werden kann, daß der Tote unbestattet verwest.

Eine seefahrende Schnecke.

Eine an der Oberfläche der Hochsee lebende Schnecke ist gewiß etwas sehr Bemerkenswertes, da man doch gewohnt ist, Schnecken an einer Unterlage dahinkriechen zu sehen. Die Veilchenschnecke bringt es jedoch auf eine sonderbare Art fertig, weit entfernt von jedem Lande mitten auf der See zu leben. Sie baut sich nämlich ein richtiges Floß, das sie durch die Meere trägt. Dieses Floß besteht aus einem Schleimband, in das eine große Zahl kleiner Luftblasen eingelagert ist. Wenn sich die Schnecke ein solches Floß bauen will, heftet sie sich zunächst mit einem Schleimband an der Wasseroberfläche verkehrt an. Dann fängt sie mit ihrem „Vorderfuß" Luftblasen ein, die sie mit einer rasch erhärtenden Schleimschicht umgibt. Diese kleinen Luftballons werden dann dem Schleimband eingefügt. Nach den neuen Untersuchungen von G. Fraenkel macht die Veilchenschnecke nach der Herstellung von 6 bis 10 Blasen eine längere Ruhepause. Während der Fortpflanzungszeit wird in dieser Zwischenzeit zwischen zwei Bauperioden die Eiablage erledigt und zwar setzt das Tier nach und nach etwa 500 Eikapseln an der Unterseite seines Flosses ab; da jede Kapsel etwa 5000 Eier enthält, beträgt die Gesamtzahl der von einer Veilchenschnecke erzeugten Eier 2½ Millionen. Da das spiralig gerollte, etwa 5 bis 10 Zentimeter lange Floß am Ende immer wieder von den Wellen und vom Winde zerstört wird, muß die Schnecke dauernd an ihrem Floß weiterbauen. Ihr seltsames Fahrzeug trägt sie willenlos durch den Ozean und verbreitet sich weit aus den tropischen Meeren, der eigentlichen Heimat, nach Norden bis an die englische Küste. Auffallenderweise ist die Veilchenschnecke ein Räuber. Sie muß aber warten, bis irgendein Tier, das sie überwältigen kann, in ihre Nähe kommt. Mit Hilfe ihres sehr feinen Tastsinnes nimmt sie das Beutetier schnell wahr. Die anderen Sinnesorgane, die sie bei ihrem eigenartigen Leben nicht gebraucht, sind daher verkümmert. Ihre Hauptnahrung bilden die ebenfalls an der Meeresoberfläche treibenden Quallen, daneben sind aber auch kleinere Artgenossen durchaus nicht vor ihren kannibalischen Gelüsten sicher.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse", Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice. Kościuszki 29.